

Für einen Kurswechsel in Europa. Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Arbeit und Demokratie

Wahlprogramm für die Europawahlen 1999, angenommen von der 2. Tagung des 6. Parteitages am 6. März 1999 in Suhl

Die PDS ist eine europäische sozialistische Partei. Sie sagt Ja zur europäischen Integration. Sie tritt für ein friedliches, sozial gerechtes, demokratisches und umweltbewahrendes Europa ein. Wir wollen einen Kontinent freundschaftlich verbundener Völker und gleichberechtigter Staaten. Wir wollen Weltoffenheit und offene Grenzen für Menschen in Not, ein Europa ohne Nationalismus und Fremdenhaß.

Die vor unserem Kontinent stehenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen können nur durch ein verantwortungsbewußtes Zusammenwirken aller Völker und Staaten bewältigt werden. Dies zielgerichtet und zugleich sozial ausgewogen zu gestalten, sollte nach Auffassung der PDS Aufgabe der Europäischen Union sein. In einer Welt, deren Geschicke immer enger miteinander verflochten sind, bietet die europäische Integration eine Chance, der globalen Verdrängungskonkurrenz, der Willkür der transnationalen Unternehmen und der krisenhaften Explosion der internationalen Finanzmärkte wieder politische Gestaltungskraft entgegensetzen.

Die Europäische Union hat sich trotz verschiedener innerer Konflikte als politisch stabilisierender Faktor in Europa erwiesen. Das friedliche Miteinander ihrer Völker und Staaten ist ein zivilisatorisches Gut, für dessen Bewahrung sich die PDS nachhaltig engagiert.

Deshalb setzen wir uns für die europäische Integration ein und unterstützen die Bildung einer Politischen Union, in der alle europäischen Völker und Staaten, die dies wünschen, eine Zukunft finden. Ein demokratisch zusammenwachsendes Europa kann den zerstörerischen Energien wiederauflebender nationalistischer Egoismen und Eurozentrismus Einhalt gebieten.

Ihr Ja zur europäischen Integration verbindet die PDS mit grundsätzlicher Kritik an der Europäischen Union in ihrer derzeitigen Verfaßtheit.

Von der Einheitlichen Europäischen Akte, die die Durchsetzung des EG-Binnenmarktes zum Ziel hatte, über den Vertrag von Maastricht, der die Währungsunion konzipierte, bis hin zum Vertrag von Amsterdam sind unter maßgeblichem Einfluß der Kohl-Regierung die Weichen falsch gestellt worden: Im Interesse von Finanzkapital und Großunternehmen wurden Wirtschaft und Gesellschaft in weiten Teilen dereguliert. Nicht soziale Gerechtigkeit war Ausgangspunkt und Ziel von Politik, sondern Markt und Geld sowie die Interessen der Kapitalbesitzer wurden mit der Währungsunion zum Dreh- und Angelpunkt der Integration erhoben. Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit sind in Deutschland und EU-weit bittere Realität. Offiziell 16 Millionen Arbeitslose und ca. 50 Millionen von Armut betroffene Menschen - das sind bestürzende Rekorde in der Geschichte der Europäischen Union. Der zivile Charakter der europäischen Integration wurde zugunsten einer Militarisierung aufgegeben und Kurs auf die Etablierung einer eigenständig und global agierenden EU-Militärmacht genommen. Die Europäische Union wird mehr und mehr zu einer Festung ausgebaut, an deren Außengrenzen

Menschen in Not erbarmungslos zurückgewiesen werden. Auch der Raubbau an der Natur geht in der Europäischen Union weiter.

Von besonderem Gewicht ist schließlich, daß ein entscheidender Geburtsfehler der Europäischen Union - der eklatante Mangel an Demokratie - bis heute nicht beseitigt ist.

Die notwendige Überwindung der Teilung unseres Kontinents in Ost und West wurde zugunsten der Vertiefung der Integration der gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten in die Ferne gerückt. Aus all diesen Gründen hat die PDS als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien den Verträgen von Maastricht und Amsterdam die Zustimmung verweigert sowie den allein der monetären Logik des Maastricht-Vertrages folgenden und auf dem sogenannten Stabilitätspakt basierenden EURO abgelehnt und gleichzeitig entsprechende Volksentscheide zu den Verträgen von Maastricht und Amsterdam gefordert.

Die PDS will einen Kurswechsel für die Europäische Union. Er ist für ein geeintes Europa des 21. Jahrhunderts unabdingbar. Im Gegensatz zu nationalistischen Kräften heißt für die PDS die Alternative zu EU und Euro nicht deutsche Vorherrschaft und Deutsche Mark. Für die PDS besteht die Alternative zur jetzigen Entwicklung in einer uneingeschränkten europäischen Integration und in einer anderen Entwicklung der Europäischen Union.

Die alternativen Ziele der Partei des Demokratischen Sozialismus sind:

- Wir streben nach Vollbeschäftigung und wollen die Bewahrung und Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme in Europa. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muß durch eine Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltunion sowie eine Harmonisierung von Steuern und Abgaben ergänzt und korrigiert werden.
- Wir wollen eine umfassende Demokratisierung der Europäischen Union, demokratische, transparente und unbürokratische Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft, aktive Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger, größere Rechte für das Europäische Parlament.
- Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen, die in der Europäischen Union leben. Die Aufnahme eines Grundrechtekatalogs in den EU-Vertrag ist für uns ebenso unverzichtbar wie umfassende Antidiskriminierungsgesetze.
- Wir wollen, daß die Gleichstellung von Frauen und Männern quer durch alle Politikfelder auf europäischer Ebene umgesetzt wird. Dazu sind in der Praxis wirksame Gleichstellungsgesetze und ein koordiniertes Vorgehen der EU gegen Gewalt und Mißhandlung von Frauen nötig.
- Wir wollen, daß Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus entschieden bekämpft werden, daß das Grundrecht auf Asyl entsprechend der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert wird.
- Wir wollen eine zivile Europäische Union ohne WEU, die frei von Atomwaffen ist und ihre Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umstellt statt einen gemeinsamen Rüstungsmarkt aufzubauen. Wir wollen, daß die NATO aufgelöst und parallel dazu die OSZE zu einer wirksamen nichtmilitärischen europäischen Sicherheitsstruktur ausgebaut wird.
- Wir wollen eine zügige Erweiterung der Europäischen Union und stabile gesamteuropäische Strukturen, um die politische und ökonomische Spaltung

Europas zu überwinden, die 10 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer noch immer besteht.

- Wir wollen, daß die Europäische Union als Teil dieser einen Welt solidarische internationale und Weltwirtschaftsbeziehungen befördert.
- Wir wollen, daß Europa seinen Verpflichtungen bei der Realisierung der Strategie der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 nachkommt. Das gilt insbesondere für die Reduzierung der Emission von Kohlendioxid. Es leistet damit einen wesentlichen Beitrag bei der Erhaltung der Lebensbedingungen für alle Menschen in einer Welt.

Ein soziales, friedliches und demokratisches Europa braucht eine starke, pluralistische europäische Linke. Die PDS will mit anderen Linksparteien in der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordisch Grün-Linke des Europäischen Parlaments und darüber hinaus insbesondere im Forum der Neuen Europäischen Linken eng zusammenarbeiten. Dabei ist sich die PDS ihrer solidarischen Verantwortung besonders gegenüber der osteuropäischen Linken im europäischen Einigungsprozeß bewußt. Zugleich versteht sich die PDS als Partnerin für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Nichtregierungsorganisationen, außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen. Sie wird mit allen demokratischen Kräften kooperieren und sie unterstützen, die wie wir die Europäische Union verändern wollen.

Als sozialistische Partei in der Bundesrepublik werden wir die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung kritisch von links begleiten. Die SPD hat dem Amsterdamer Vertrag und gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen der EURO-Einführung im Bundestag zugestimmt. Somit haben beide Mitverantwortung für grundlegende Fehlorientierungen der EU-Entwicklung. Wir wollen weder eine Fortsetzung noch eine "verträglichere" Variante der bisherigen Bonner Europapolitik. Nach dem Scheitern der konservativen Regierungen in Großbritannien, Frankreich und schließlich auch in der Bundesrepublik Deutschland ist es jetzt an der Zeit, deren Kurs in der Europapolitik endlich zu korrigieren. Insbesondere fordern wir die rot-grüne Regierungskoalition auf, die Ära der Geheimdiplomatie in Sachen Europa zu beenden und Transparenz herzustellen. Die europäische Integration darf nicht länger über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg allein Regierungen, Technokraten, Bankern und Managern überlassen bleiben. Unser Land braucht endlich eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft der Europäischen Union und die Zukunft Europas. Gerade mit Blick auf das 21. Jahrhundert ist es höchste Zeit, der europäischen Integration im Interesse der Bürgerinnen und Bürger neue Impulse zu verleihen. Wir sind überzeugt, daß sie nur dann eine Perspektive hat, wenn sie auf einem wahrhaft demokratischen Fundament beruht. Die europäische Einigung bedarf einer demokratischen Legitimation seiner Bürgerinnen und Bürger. Das politische Zusammenwachsen Europas muß sich auf einen konstitutiven Prozeß gründen, der von den Völkern Europas getragen und aktiv mitgestaltet wird.

1. Für eine Wende in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik

Die Einführung einer gemeinsamen Währung am 1.1.1999 ist eine tiefe Zäsur im Prozeß der europäischen Integration. Die in Maastricht vereinbarte, einseitig monetäre Orientierung der Europäischen Union hat die Weichen in eine falsche Richtung gestellt. Die Vereinbarungen von Maastricht und Amsterdam sowie der Stabilitätspakt sind in erster Linie auf die Sicherung der Geldwertstabilität und die

Ausweitung des Unternehmenswettbewerbs ausgerichtet. Markt und kapitalistische Konkurrenz werden für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Europa zum Gestaltungsprinzip erhoben.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten hat bereits eine beispiellose Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben zur Folge. Die Gewinne der Großunternehmen und Banken steigen, während sich auf der anderen Seite ein erbarmungsloser Wettbewerb um die niedrigsten Lohnkosten, Sozialleistungen, sozialen und ökologischen Standards vollzieht. Die Realeinkommen sinken. Die Massenarbeitslosigkeit ist unverändert hoch. Bestehende Vollarbeitsplätze werden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit gelten fast als normal. Die Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich hat ein skandalöses Ausmaß erreicht.

Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten haben mit ihrem Ja zu den Maastrichter Konvergenzkriterien und zum Stabilitätspakt eingewilligt, nur noch begrenzt über ihre nationalen Haushalte entscheiden zu können. Ihr Handlungsspielraum zur Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit und Armut, zur Gewährleistung sozialer Sicherheit und für den ökologischen Umbau der Gesellschaft ist geringer geworden. Wenn nicht gegengesteuert wird, werden sich diese Tendenzen mit der Einführung des EURO verstärken. Eine solche Entwicklung bedroht politische Stabilität und Demokratie in Europa, fördert Ausländerfeindlichkeit, untergräbt die erreichten Ergebnisse des Zusammenlebens der europäischen Staaten und Völker, verbreitet zunehmenden Euroskeptizismus.

Deshalb meinen wir: Es ist höchste Zeit, eine Wende in der Politik der Europäischen Union zu vollziehen. Vollbeschäftigung, nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Menschen, Regionen und Staaten müssen Richtung und Inhalt von EU-Politik bestimmen. Dazu gehört die Unterstützung für den Agenda-21-Prozeß in den Kommunen zur Förderung des Handelns im Sinne der Einheit von Umwelt, Sozialem, Wirtschaft und Entwicklungsländerfragen.

Zentralisierung und Konzentration des Großkapitals in Industrie, Finanzen, Handel und Dienstleistungen sind wirksam einzudämmen. Die Macht der internationalen Konzerne muß beschnitten werden.

Es muß endlich Schluß sein damit, daß Großkonzerne und -banken systematisch begünstigt werden und die Entwicklung ganzer Regionen oftmals unter dem Blickwinkel kurzfristiger Profitvorteile bestimmen.

1.1. Neue Prioritäten in der Wirtschafts- und Währungspolitik setzen

Die im Maastrichter Vertrag von 1992 noch als Wirtschafts- und Währungsunion konzipierte Zusammenarbeit in Finanz- und Haushaltspolitik ist in den folgenden Jahren allein auf das Ziel der stufenweisen Überführung der Währungspolitik in die Zuständigkeit der Gemeinschaft verengt worden. Die gleichzeitig beschlossene Verpflichtung auf eine abgestimmte Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten wurde nur in diesem Sinne interpretiert und damit verkürzt. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik beschränkte sich auf die Festsetzung von Grenzen öffentlicher Defizite, auf die angestrebte Reduzierung der staatlichen Schuldenstände, auf

Privatisierung und Deregulierung der nationalen Volkswirtschaften. Die negative Bilanz des nahezu ausschließlich unter monetaristischen Gesichtspunkten verfolgten Integrationsprozesses macht ein Umsteuern in der Wirtschafts- und Währungspolitik dringend erforderlich.

Die PDS setzt sich dafür ein, daß die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union auf konvergente Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften ausgerichtet wird und dem Solidarprinzip verpflichtet ist. Sie wendet sich gegen weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums aus rein ordnungspolitischen und fiskalischen Gründen. Auf europäischer Ebene muß dem Primat der Politik gegenüber dem Diktat vermeintlicher wirtschaftspolitischer Sachzwänge Geltung verschafft werden. Eine gemeinsame Währung läßt sich nur dann dauerhaft konsolidieren, wenn Finanz-, Einkommens-, Wechselkurs- und Geldpolitik zusammenwirken. Sie ist letztlich nur stabil, wenn sie auf einer stabilen Wirtschaft und Gesellschaft aufbaut. Eine von Ungleichheit, Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut gekennzeichnete europäische Gesellschaft bietet diese Gewähr nicht.

Die geltenden Maastricht-Kriterien müssen daher ergänzt und relativiert werden durch solche, die die Mitgliedstaaten langfristig auf eine übereinstimmende Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Umwelt- und Sozialpolitik verpflichten. Dazu sollten entsprechend quantifizierte und damit überprüfbare Konvergenzkriterien festgelegt werden, die jedes Land entsprechend seinem wirtschaftlichen Entwicklungsstand innerhalb gewisser Bandbreiten zu erfüllen hat. Nur so kann gewährleistet werden, daß sich die unterschiedlich entwickelten Volkswirtschaften nicht gegenseitig unter Druck setzen und die Beschäftigten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die PDS fordert die Neuverhandlung des Stabilitätspaktes. Sie lehnt diese maßgeblich von der Kohl-Regierung herbeigeführte Übereinkunft der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten vor allem deshalb ab, weil es für die Geldwertstabilität des EURO irrelevant ist, die Neuverschuldung des Staatshaushalts bezogen auf das Bruttoinlandprodukt (BIP) bei einer Höchstgrenze von 3 % festzuschreiben und zudem Sanktionszahlungen bei Überschreiten dieser Grenze einzufordern. Die PDS stellt eine stabile Währung nicht in Frage. Ebenso mißt sie dem Abbau hoher Staatsschulden Bedeutung bei. Zugleich vertritt sie aber die Position, daß die haushaltspolitische Flexibilität der EU-Mitgliedstaaten bis hin zu ihren Kommunen gesichert werden muß. Ihre eigenständigen haushaltspolitischen Spielräume dürfen nicht durch willkürliche starre Regelungen eingeschränkt werden. Sie dürfen nicht daran gehindert werden, eine aktive Arbeitsmarkt- und beschäftigungsorientierte Investitionspolitik zu betreiben, die durch verbesserte Haushaltseinnahmen oder auch über Kreditaufnahmen möglich sein muß. In diesem Zusammenhang ist die PDS der Meinung, daß die Verpflichtung aus dem Stabilitätspakt, wonach Haushaltsüberschüsse ausschließlich zur Tilgung der Staatsschulden zu verwenden sind, ausgesetzt werden muß.

Die dringend erforderliche Wende in der Wirtschaftspolitik muß von einer adäquaten Außenwirtschaftspolitik und der europäischen Währungspolitik unterstützt werden. Aus demokratischen Erwägungen sind wir der Meinung, daß die öffentliche Kontrolle der Tätigkeit der Europäischen Zentralbank gesichert sein muß. Ihre Entscheidungen sind grundsätzlich zu veröffentlichen, ihre Auskunfts- und Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament muß gesichert sein.

Notwendig ist es, die Aufgaben der Europäischen Zentralbank politisch neu zu bestimmen. Die Europäische Zentralbank darf nicht allein Preisstabilität, sondern muß Vollbeschäftigung und nachhaltigem Wirtschaftswachstum ebenso verpflichtet sein. Eine konvergente, dem Solidarprinzip verpflichtete Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften setzt voraus, den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin-Rat) zu einem Gremium wirklicher politischer Kontrolle und Koordinierung weiterzuentwickeln, dessen Beschlüsse durch das Europäische Parlament legitimiert werden müssen. Die Statuten der Europäischen Zentralbank sind in diesem Sinne zu ändern.

1.2. Für eine Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion

Die PDS setzt sich für eine Ergänzung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion ein. Diese Fragen sind in den Mittelpunkt der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses zu rücken.

Beschäftigungsunion

Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit in Europa ist eines der vordringlichsten Erfordernisse unserer Zeit. Unter den Bedingungen der Globalisierung, des EU-Binnenmarktes und der Währungsunion kann diese Aufgabe ohne europäischen Ansatz nicht erfolgreich gemeistert werden. Die PDS setzt sich gemeinsam mit anderen linken Kräften für die Erarbeitung und umgehende Realisierung einer europäischen Beschäftigungsstrategie ein, die sich am Ziel einer neuen Art der Vollbeschäftigung sowie der Bewahrung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells orientiert.

In diesem Sinne muß die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowohl in der Europäischen Union als auch in den Mitgliedstaaten neu ausgerichtet werden. Sie soll vor allem Arbeit statt Erwerbslosigkeit finanzieren, Jugend-, Frauen- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie das Verdrängen von Menschen mit Behinderungen aus der Arbeitswelt verhindern. Wir wenden uns konsequent gegen Lösungen, die darauf hinauslaufen, Dauerarbeitsplätze durch unter Tarif bezahlte, nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen. Wir sind der Auffassung, daß analog zur Vorgehensweise bei der Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der Europäischen Union verbindliche Vereinbarungen über die Schaffung dauerhafter, regulärer, sozial abgesicherter Arbeitsplätze getroffen werden müssen. Im Vorfeld des Luxemburger EU-Sondergipfels im November 1997 zu Beschäftigungsfragen sind von verschiedenen politischen Kräften im Europäischen Parlament, von der EU-Kommission und außerparlamentarischen Initiativen zahlreiche Vorschläge für überprüfbare Konvergenzkriterien, klare quantitative Ziele und zeitliche Vorgaben unterbreitet worden. Wir halten diese Überlegungen für realistisch und unterstützen sie.

Die bisherige Nachrangigkeit der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegenüber der Wirtschafts-, Industrie-, Finanz- und Währungspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten muß überwunden, nationale und europäische Beschäftigungspolitik müssen miteinander verkoppelt werden. Die EU-Strukturfonds sind zugunsten beschäftigungsfördernder und beschäftigungssichernder Maßnahmen umzuschichten. Es gilt, alle Projekte, Maßnahmen und Programme der

Europäischen Union künftig hinsichtlich ihrer Beschäftigungseffekte zu überprüfen und zu gestalten.

Die PDS befürwortet eine aktive Arbeitsmarktpolitik der Europäischen Union. Die Leitlinien zur Beschäftigungspolitik der EU-Kommission beinhalten Schritte in diese Richtung, müssen aber verbindlich formuliert und entsprechend finanziell unteretzt werden. Die Europäische Union sollte vertraglich die Kompetenz übertragen bekommen, soziale und Beschäftigungsfragen durch regulierende Eingriffe in den Marktmechanismus zu steuern. Sie muß in die Lage versetzt werden, europaweite Initiativen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Gang zu setzen. Zusätzliche Mittel für europäische Beschäftigungsprogramme könnten durch Umschichtungen im EU-Budget und durch Kredite der Europäischen Investitionsbank bereitgestellt werden. Die PDS wird sich dafür einsetzen, daß die Mittel des Europäischen Sozialfonds erhöht werden.

Wesentlich für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit sind die radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie die Erhöhung der Massenkaufkraft. Der von der französischen Regierung eingeleitete Weg, durch die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit auf 35 Arbeitsstunden pro Woche neue Arbeitsplätze zu schaffen, sollte durch entsprechende europäische Regelungen unterstützt werden. Die Arbeitszeitrichtlinie der Europäischen Union, die gegenwärtig eine maximale Arbeitszeit von 48 Arbeitsstunden pro Woche in den Mitgliedstaaten zuläßt, ist dementsprechend zu verändern. Unabdingbar ist der Abbau von Überstunden. Der Tendenz, die Lebensarbeitszeit der Menschen zu verlängern, muß entgegengewirkt werden. Wir fordern die konsequente Anwendung der Entsenderichtlinie der Europäischen Union. Dem darin enthaltenen Prinzip, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gleicher Arbeitsaufgabe an ihrem Arbeitsort einen Anspruch auf tarifvertraglich vereinbarte ortsübliche Bezahlung, gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Arbeitsschutz haben, muß endlich Geltung verschafft werden.

Der im Ergebnis der Vorbereitung auf den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion erfolgte Abbau des Öffentlichen Dienstes und die Privatisierung von staatlichen Dienstleistungseinrichtungen müssen gestoppt werden. Durch die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor könnte man die bestehenden Defizite im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich beseitigen. Die PDS engagiert sich dafür, daß öffentliche Mittel vorrangig im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich eingesetzt werden, statt Großunternehmen zu subventionieren. Darüber hinaus sollte die öffentliche Hand bei der Subventionierung von Großunternehmen im Gegenzug Aktienpakete erhalten. Europäische Wirtschaftspolitik muß auch eine europäische Regulierung der Unternehmenskonkurrenz durch eine dem Europaparlament rechenschaftspflichtige, von der Kommission unabhängige Fusions- und Wettbewerbskontrollbehörde beinhalten.

Sozialunion

Die Entwicklung der Europäischen Union vor allem in den 90er Jahren hat deutlich gezeigt, daß Wirtschaftswachstum und hohe Gewinne der Großunternehmen nicht automatisch mehr soziale Sicherheit oder Wohlstand für alle bedeuten. Insbesondere

die Unternehmervverbände setzen ihre Angriffe auf Löhne und Sozialleistungen, auf soziale und gewerkschaftliche Rechte fort. Um Lohn- und Sozialdumping entgegenzuwirken, braucht die Europäische Union eine Sozialunion.

Europäische Sozialunion heißt nicht, die Nationalstaaten und Regionen aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Europäische Sozialunion bedeutet, verbindliche und einklagbare Sozialstandards zu schaffen, die einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Sozialleistungen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte unterbinden und darauf gerichtet sind, das Lebensniveau aller in der Europäischen Union lebenden Menschen schrittweise zu erhöhen. Durch eine verbindliche Verpflichtung der Arbeits- und Sozialminister der EU-Mitgliedstaaten in Form einer Verordnung (analog dem Stabilitätspakt) könnten die nationalen Sozialstandards zunächst auf dem gegenwärtigen Niveau fixiert und dadurch vor weiterem Abbau bewahrt werden.

Die PDS setzt sich dafür ein, den Vertragsgrundsatz einer "offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" (Artikel 4 EG-Vertrag) aufzugeben und einen sozialen Gemeinschaftsauftrag im EU-Vertrag festzuschreiben. Den in der Europäischen Union lebenden Menschen müssen die bürgerlichen und politischen Grund- und Menschenrechte garantiert werden. Dazu gehören auch freie gewerkschaftliche Betätigung, das grenzüberschreitende Koalitions- und Streikrecht sowie Tarifautonomie und Mitbestimmungsrechte. Darüber hinaus umfaßt der von der PDS geforderte Grundrechtekatalog für alle Bürgerinnen und Bürger der EU gleiche und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare soziale Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, Aus- und Weiterbildung, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf menschenwürdigen Wohnraum, das Recht auf Schutz der Gesundheit, das Recht auf Gleichstellung von Frau und Mann. Im Rahmen der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) muß sich die Europäische Union dafür einsetzen, daß sowohl in bilateralen als auch in globalen Übereinkommen die international im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Arbeitsnormen, einschließlich Sozialklauseln und gewerkschaftliche Rechte, angewandt und eingehalten werden.

Artikel 137, Absatz 6 EG-Vertrag bestimmt, daß Arbeitsentgelt, Koalitions-, Streik- und Aussperrungsrecht von gemeinschaftlichen Regelungen ausgeschlossen sind. Die PDS fordert, diesen Absatz aus dem Titel Sozialpolitik des EG-Vertrages ersatzlos zu streichen. Sie will, daß statt dessen ein europäisches Rahmengesetz zum Arbeits- und Tarifrecht und zur Arbeitsgerichtsbarkeit erarbeitet wird. Sie fordert, daß über Regelungen zur sozialen Sicherheit und zu arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie zu Beschäftigungsbedingungen von Staatsangehörigen dritter Länder (Artikel 137, Abs. 3) das Europäische Parlament mitentscheidet. Bei allen gemeinschaftlichen Sozialbestimmungen sollte darüber hinaus gesichert werden, daß günstigere nationale Regelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretungen weder eingeschränkt noch außer Kraft gesetzt werden dürfen.

Unter Berücksichtigung der historisch gewachsenen, sehr unterschiedlichen sozialen Sicherungssysteme setzt sich die PDS für solche gemeinschaftlichen Regelungen ein, die in allen Mitgliedstaaten eine soziale Grundsicherung herbeiführen, die Armut und Ausgrenzung verhindern. In einem schrittweisen Prozeß sind EU-weite gesetzliche Festlegungen zur Arbeitszeit, zum Urlaub, zum Rentenalter, zur sozialen

Grundsicherung und zum Mindestlohn zu vereinbaren und durchzusetzen.

Reformen der sozialen Sicherungssysteme müssen einhergehen mit einem hohen Niveau des Gesundheits- und Verbraucherschutzes. Der zunehmende Druck auf die Gesundheitskassen darf weder zu einer Senkung dieses Niveaus noch zur Einschränkung der notwendigen Forschung und Entwicklung führen. Die PDS lehnt alle Versuche ab, Gesundheit vom Geldbeutel abhängig zu machen. Die Europäische Union hat dafür Sorge zu tragen, daß die nationalen Gesundheitssysteme nicht dem freien Markt überlassen werden, wo Gesundheit eine Ware ist und der Profitmaximierung unterliegt. Maßstab für gemeinschaftliche Regelungen sollte ein hoher Gesundheits- und Verbraucherschutz sein. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen der Verhütung und Bekämpfung weit verbreiteter schwerer Krankheiten sowie der Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik auf der Grundlage fortschrittlichster Ergebnisse der Gesundheitsforschung, inklusive gesellschaftlicher Prävention, höheren Stellenwert einräumen. Darüber hinaus ist die PDS der Auffassung, daß die Europäische Union dem Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Beanspruchung im Berufsleben und gesundheitlichem Zustand größere Aufmerksamkeit widmen muß. Unter den Bedingungen verschärften Wettbewerbsdrucks ist es in den vergangenen Jahren zu einer enormen Intensivierung der Arbeitsprozesse mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation der Beschäftigten in Stadt und Land gekommen. Die Humanisierung der Arbeitswelt wird damit zu einem immer dringlicheren Problem. Notwendig ist auch eine europäische Drogenpolitik, die zum einen die Entkriminalisierung und soziale Integration drogengebrauchender Menschen fördert und zum anderen eine umfassende humanistische Suchtprävention unterstützt.

Umweltunion

Die europäische Integration hat in den letzten Jahren keinen wirklichen Durchbruch im Umweltschutz und vor allem keine Umorientierung auf nachhaltiges Wirtschaften gebracht. Für die PDS ist die Schaffung einer europäischen Umweltunion unverzichtbar. Soziale, beschäftigungspolitische Prioritäten einer neuen Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Umweltpolitik gehören zusammen. Dazu bedarf es des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaften hin zu einer dauerhaften umweltverträglichen Entwicklung, in deren Mittelpunkt die Wiederherstellung und Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts und der natürlichen Lebensgrundlagen für heutige und künftige Generationen stehen muß.

Innerhalb der Europäischen Union hat die Bundesrepublik unter der Kohl-Regierung im Hinblick auf Umweltpolitik mehr und mehr eine Bremserrolle bei der Umsetzung fortschrittlicherer Umweltstandards eingenommen. Dies gilt insbesondere für jene Bereiche, die die demokratische Mitgestaltung und Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger betreffen: Umweltinformationsgebung, strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen, Verbraucherschutz und Verbandsklagerecht. Dringend notwendig ist daher, daß die rot-grüne Koalition nunmehr Versäumnisse bei der Umsetzung von EG-Umweltrecht in nationales Recht rasch abarbeitet. Dazu gehören vor allem jene Richtlinien, zu denen in den Jahren 1997/98 Verurteilungen der Bundesrepublik durch den Europäischen Gerichtshof ergangen sind: die Umweltinformationsrichtlinie, die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) zum Naturschutz, die Pestizid- sowie die Batterie-Richtlinien.

Nachhaltiges Wirtschaften muß schonend mit der Umwelt und den natürlichen Produktionsressourcen umgehen, es muß der Gesundheit der Menschen dienen. Als wichtigen Bestandteil des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaften sieht die PDS den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe, durch die Verkehr, Energie und Ressourcenverbrauch minimiert werden. Eine solche Entwicklung ist durch eine ökologische Steuerreform, die einerseits die Schaffung von Arbeitsplätzen und andererseits den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft fördert, sowie durch andere relevante Steuerungs- und Regulierungsmechanismen zu unterstützen.

Die Produktion von und der Handel mit Waren, die die menschliche Gesundheit gefährden und die die Umwelt extrem belasten, ist unverzüglich einzustellen. Förderungsmaßnahmen der Europäischen Union sind darauf zu richten, Forschung und den Aufbau von Industrien zu unterstützen, die der Sanierung und Verbesserung der Umwelt dienen sowie die natürlichen Ressourcen nutzen und wiederherstellen. Zu fördern sind die Produktion langlebiger Konsumgüter, ein Dienstleistungssektor für bezahlbare Reparaturen sowie entsprechende wissenschaftlich-technische Lösungen.

Für die *Landwirtschaft* in der Europäischen Union bedeutet ökologischer Umbau vor allem, nachhaltige, die natürliche Umwelt erhaltende und verbessernde Wirtschaftsweisen zu fördern. Dazu gehören die Errichtung und der Ausbau von regionalen Stoff- und Verteilungskreisläufen, der Verzicht auf Boden und Wasser schädigende Düngung und Schädlingsbekämpfung sowie eine artengerechte Tierhaltung. Tiertransporte über weite Entfernungen sind unverzüglich einzustellen. Besonders zu fördern sind im Zusammenhang mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik arbeitsplatzschaffende Systeme der regionalen Verarbeitung, Verwertung und Vermarktung sowie direkte Beziehungen zwischen Produzenten und Verbrauchern. Sie tragen zu einer langfristigen stabilen Produktion ökologisch verträglicher Nahrungsmittel und zu wirksamem Verbraucherschutz bei. Gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel lehnen wir ab, da sie die Artenvielfalt bedrohen und gesundheitliche Risiken nicht ausgeschlossen werden können. Wenn sie schon auf den Markt gelangen, sind sie deutlich als solche zu kennzeichnen. Dies gilt auch für entsprechende Importe aus Drittländern.

In der *Verkehrspolitik* geht es darum, Grundzüge und Prioritäten für eine gesamteuropäische Verkehrspolitik zu entwickeln, die ökologisch und wirtschaftlich effizient ist, die Beschäftigung fördert. Die PDS unterstützt Vorschläge von verschiedenen Umweltverbänden, die auf die Schaffung eines Umwelt- und Verkehrsverbundes orientieren. Dieser sollte sowohl die Bewegungsfreiheit aller Menschen gewährleisten, als auch den Energie-, Flächen-, Schadstoff- und Lärmausstoß entscheidend senken.

Der unvermeidbare Gütertransport über längere Strecken ist konsequent von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Immer dringlicher wird es, das Problem des motorisierten individuellen Verkehrs durch attraktive und preiswerte Angebote des schienengebundenen Nahverkehrs zu lösen. Kurzstreckenflüge im Personenverkehr müssen durch schnelle, sichere und preiswerte Bahnverbindungen ersetzt werden. Dazu bedarf es entsprechender länderübergreifender Raum- und Regionalplanungen. Die 14 auf dem Europäischen Rat von Essen beschlossenen Projekte der Transeuropäischen Netze sind unter dem Aspekt zu prüfen, den

ökologisch bedenklichen Neubau von Autobahnen deutlich einzuschränken. Die bisherige Politik der Deregulierung und Privatisierung hat dazu geführt, daß Kommunen und Regionen den öffentlichen Personenverkehr EU-weit ausschreiben müssen. Hauptkriterium ist dabei die Kostengünstigkeit eines Unternehmens. Die PDS fordert, daß Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie innerbetriebliche Mitbestimmung ebenfalls zu Kriterien werden, die bei der Vergabe von Lizenzen für den öffentlichen Personenverkehr gleichberechtigt einzubeziehen sind. Dies ist notwendig, um z.B. dem Lohndumping bei Verkehrsunternehmen Einhalt zu gebieten.

Die PDS unterstützt die schrittweise und langfristig berechenbare und sozial verträgliche Einführung einer Energiesteuer als Kern eines *Ökosteuerkonzepts*. Sie sollte ökonomische Anreize dafür bieten, die Energiesparpotentiale auszuschöpfen, und Innovationen befördern. Die PDS ist dafür, alle fossilen Primärenergieträger sowie die Energieträger zu besteuern, die zur Erzeugung von Atomstrom genutzt werden. Dabei sind nach Auffassung der PDS sowohl der spezifische Energiegehalt der fossilen Primärenergieträger als auch die Emissionen von Kohlendioxid, Methan und anderen klimaschädigenden Gasen zu besteuern. Auch in die Europäische Union importierter Strom muß dieser Besteuerung unterliegen. Die Verwendung der Energiesteuereinnahmen sollte vorrangig der Finanzierung von Förderprogrammen des ökologischen Umbaus dienen und die Belastung aller, die niedrige und mittlere Erwerbseinkommen bzw. Sozialleistungen beziehen, ausgleichen. Die Entlastung mittlerer und kleinerer Unternehmen von Abgaben kann auf anderem Wege geschehen.

Die PDS spricht sich für die Modernisierung und Harmonisierung des Schienenverkehrs, die Erhaltung und Entwicklung attraktiver Verkehrssysteme und vor allem für die Finanzierung sozial verträglicher Verkehrstarife aus. Dafür sollten auch die Einnahmen aus der Anhebung der Mineralölsteuer, der Einführung einer Schwerlastabgabe für LKW sowie der Besteuerung von Flugbenzin verwendet werden. Die auf Dauer angelegte Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene darf im Interesse von Mensch und Umwelt nicht Profitinteressen unterworfen sein.

Die vorhandenen Ansätze einer umweltgerechten *Energiepolitik* der Europäischen Union sind unzureichend. Die bisherige EU-Energiepolitik muß radikal verändert werden. Die PDS setzt sich dafür ein, daß anstelle des 2002 auslaufenden Vertrages der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und des dringend abzuwickelnden EURATOM-Vertrages ein eigenständiges Energiekapitel in den EG-Vertrag eingefügt wird. Dort sind sowohl die Ziele der EU-Energiepolitik wie Klimaschutz, Sicherstellung einer bezahlbaren, umweltverträglichen und dezentralen Versorgung mit Energiedienstleistungen als auch ihre Hauptinstrumente wie Energieeinsparung, rationelle Energienutzung, Förderung regenerativer Energieträger verbindlich und einklagbar zu verankern. Statt riskante Technologien zu subventionieren, sind alternative Energieträger wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie zu fördern. Die Durchsetzung einer EU-weiten Einspeiserichtlinie für erneuerbare Energien wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Priorität gilt der Einstellung des Betriebes atomarer Wiederaufarbeitungsanlagen auf dem EU-Territorium mit ihren lebensgefährlichen Kontaminationen von Land, Wasser und Luft über die EU-Grenzen hinaus und dem sofortigen Stopp von Atommülltransporten in beiden Richtungen über die EU-Grenzen hinweg. Wir fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie.

1.3. Struktur- und Regionalpolitik auf die Zukunft orientieren

In der Europäischen Union herrschen große Unterschiede bei der Verteilung von Reichtum und Beschäftigung. Disparitäten bestehen zwischen reichen und armen Mitgliedsländern sowie zunehmend zwischen einzelnen Regionen. Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Befinden sich unter den zehn reichsten Regionen der Europäischen Union nicht weniger als fünf (west)deutsche, so gehören andererseits alle neuen Bundesländer in die Gruppe der ärmeren europäischen Regionen. Die Währungsunion wird vor allem diese weiter benachteiligen, wenn durch die Struktur- und Regionalpolitik nicht gegengesteuert wird.

Die PDS tritt für eine Regionalpolitik der Europäischen Union ein, die auf die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die volle Ausschöpfung der besonderen Stärken der Region, ihres Arbeitspotentials und anderer Ressourcen gerichtet ist. Die PDS sieht darin ein unabdingbares Gegengewicht zum globalen Verdrängungswettbewerb. Mit ihrem Rostocker Manifest hat sie ein Entwicklungsmodell für die neuen Bundesländer vorgelegt. Ähnliche Regionalkonzepte müssen auch für andere EU-Regionen entwickelt werden.

Angesichts des besonderen Anpassungsdrucks auf die Grenzregionen durch die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union bedürfen diese besonderer Förderung zur Bewältigung des Strukturwandels und den damit verbundenen sozialen Belastungen.

Erklärtes Ziel der Gemeinschaft ist die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Diesem Anspruch wird die Europäische Union bisher nur unzureichend gerecht. Statt nationaler und regionaler Egoismen braucht die Europäische Union einen solidarischen Interessenausgleich zwischen den Regionen. Wir meinen, daß die Bedingungen für einen EU-Finanzausgleich nicht gegeben sind. Notwendig ist jedoch eine deutliche Aufstockung der Finanzmittel der Struktur- und Regionalfonds.

Die PDS lehnt die Abschaffung des Kohäsionsfonds ab. Die traditionell schwächeren Volkswirtschaften Portugals, Spaniens, Griechenlands und Irlands benötigen zur Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Währungsunion in besonderem Maße die Unterstützung der Gemeinschaft. Zudem werden mit der EU-Erweiterung neue potentielle Kandidaten für die Förderung aus dem Kohäsionsfonds folgen.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Strukturpolitik zielen nach Auffassung der PDS in die richtige Richtung. Wir unterstützen ihren Ansatz, die Mittel zu konzentrieren, die Programme zusammenzufassen und wirksamere Kontrollmöglichkeiten zu schaffen. Wir begrüßen, daß stärker als bisher arbeitsmarktpolitische und erstmals bildungspolitische Ziele gestellt werden, meinen jedoch, daß die dazu getroffenen Festlegungen verbindlichen Charakter tragen müssen. Die Vorschläge zur Stärkung der Eigenverantwortung der Regionen halten wir für unzureichend und fordern, diese entschieden auszubauen.

Die PDS wird sich dafür einsetzen, daß die bereitgestellten Mittel den ärmeren Regionen konzentriert zugute kommen. Damit sie die Hilfe auch annehmen können,

muß ihr Eigenanteil im Verhältnis zur Gesamtförderung gering gehalten werden.

Eine Reihe von Regionen, die bisher Mittel aus dem EU-Regionalfonds erhielten, werden aus dieser Förderkategorie herausfallen. Parallel zur Reform der Strukturfonds müssen diese Regionen, falls notwendig, auf andere Art und Weise gefördert werden. Wir befürworten eine Änderung des Beihilferechts, um den Mitgliedstaaten die Möglichkeit verstärkter nationaler Förderung zu eröffnen. Wo Mitgliedstaaten dazu nicht in der Lage sind, sollte die EU-Förderung nicht abrupt abgebrochen, sondern es sollten Übergangszeiten vereinbart und andere Finanzierungsquellen (Darlehen der Europäischen Investitionsbank, zinslose oder zinsgünstige Kredite) erschlossen werden.

Notwendig ist eine verstärkte Kontrolle des Einsatzes der Mittel, auch unter dem Gesichtspunkt ihrer gerechten Verteilung auf Frauen und Männer. Nach der Hälfte der Laufzeit der Strukturfonds ist die Ausschöpfung der nationalen Quoten der Mitgliedstaaten zu überprüfen. Von reichen Mitgliedstaaten nicht genutzte EU-Fördermittel sollten an ärmere umverteilt werden, die ihre Quoten bereits ausgeschöpft haben.

Damit könnte verhindert werden, daß reichere Mitgliedstaaten ihre Quoten nur deshalb nicht voll nutzen, weil ihre Regierungen die Kofinanzierung verweigern, um anschließend die nicht verbrauchten Strukturfondsmittel als Rückfluß in ihre Staatskassen zu erhalten. Diese Vorschläge wären geeignet, die EU-Förderpolitik transparenter zu gestalten.

Bei der Reform der EU-Strukturfonds geht es um eine Konzentration der Mittel auf die bedürftigsten Regionen und um ihre effiziente Verwendung. Die PDS schlägt darüber hinaus einen anderen Ansatz für die EU-Regionalförderung vor. Nicht einzelne Schwachstellen der Regionen wie fehlende Gewerbeparks, Straßen oder Telekommunikation sollten isoliert gefördert werden. Im Mittelpunkt zukünftiger EU-Förderung sollte vielmehr die Entwicklung einer Region, die Förderung ihres endogenen Potentials in seiner Gesamtheit stehen. Dabei geht es insbesondere darum, den notwendigen ökologischen Umbau der Industrie bzw. der Landwirtschaft vorzunehmen, eine lebenswerte Wohnumwelt zu gestalten, soziale und kulturelle Dienstleistungen zu entwickeln und damit gleichzeitig zukunftsfähige Dauerarbeitsplätze für die dort Lebenden zu schaffen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen diesen Prozeß mitgestalten und mitbestimmen können. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein ganzheitlicher Ansatz der Förderung notwendig. Struktur- und Regionalpolitik müssen miteinander kombiniert, alle vorhandenen Fördermittel gebündelt eingesetzt werden.

Die EU-Strukturpolitik muß dazu beitragen, eine relativ eigenständige Entwicklung ländlicher Regionen zu sichern, Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Lebensbedingungen zu verringern sowie der Strukturschwäche vieler ländlicher Regionen entgegenzuwirken. Die PDS unterstützt Bemühungen des Europarates um eine "Europäische Charta für ländliche Regionen".

Mit der Schaffung neuer Zielgebiete müßten auch die Kriterien der Förderung verändert werden. Sie sollten breiter angelegt und präzise formuliert werden. Konkret könnte das für den ländlichen Raum bedeuten, anstelle von Kriterien wie niedriges Einkommen und geringe Bevölkerungsdichte quantifizierbare Indikatoren wie Arbeitslosenquote, Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft und bei innovativen

Dienstleistungen, insgesamt Wirtschaftskraft, Infrastrukturausstattung, Raumdichte u.a. festzulegen. Die Abgrenzung der Regionen sollte nur dort nach den administrativen Grenzen erfolgen, wo das entsprechend der Zielstellung sinnvoll ist.

1.4. Die EU-Agrarpolitik neu gestalten

Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsbereichen ist der Agrar- und Ernährungssektor aller Mitgliedsländer der Europäischen Union eng miteinander verflochten und ein Hauptfeld der Gemeinschaftspolitik. Die Agrarpolitik ist der Bereich, bei dem die Mitgliedstaaten zugunsten einheitlicher Rahmenbedingungen und Instrumentarien weitgehend auf nationale Souveränität und Entscheidungsbefugnisse verzichtet haben.

Die dabei entwickelte Markt-, Preis- und Subventionspolitik, einschließlich des hohen Anteils der Agrarbeihilfen aus dem EU-Haushalt, konnten nicht verhindern, daß bäuerliche Strukturen zerstört wurden und sich die Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern heute am unteren Ende der sozialen Skala befindet.

Eine Neubestimmung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist notwendig, da die EU-Erweiterung vorbereitet, die Ausgaben des EU-Haushalts einer kritischen Prüfung unterzogen werden müssen und neue WTO-Verhandlungen anstehen. Die PDS setzt sich dafür ein, daß diese Neubestimmung - im Rahmen der Agenda 2000 - den Anforderungen des notwendigen sozialen und ökologischen Umbaus der Gesellschaft entspricht. Die Agrarpolitik ist mit Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau, Verarbeitung und Vermarktung eine wesentliche Säule regionaler Wirtschaft. Sie ist unerlässlich, um Natur und Kulturlandschaft als Einheit zu erhalten sowie Arbeitsplätze und Einkommen im ländlichen Raum zu sichern.

Die PDS setzt sich für eine EU-Agrarpolitik ein, die durch höchstmögliche Eigenversorgung einen Beitrag zur Überwindung von Hunger und Unterernährung in der Welt leistet. Im Mittelpunkt steht dabei das Prinzip der Eigenversorgung als Recht und Pflicht für alle Regionen. Die europäischen Staaten sollten ihre Importe von Agrarrohstoffen und Futtermitteln aus der Dritten Welt - in Übereinkunft mit den Lieferländern - schrittweise abbauen und diesen statt dessen bei der Entwicklung der eigenen Ernährungsbasis helfen. Ebenso sind Dumpingexporte aus der EU zu unterbinden. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die schrittweise Einstellung der Exportsubventionen. Die PDS wendet sich gegen Bestrebungen, die EU-Agrarpolitik zu renationalisieren. Grundrichtung der eigenständigen EU-Agrarpolitik muß es sein, den europäischen Binnenmarkt voll zu erschließen und qualitativ auszubauen. Neben der Stärkung regionaler Märkte und der Erweiterung des Sortimentsaustausches liegen Wachstumspotentiale in der Erhöhung des Eigenversorgungsgrades der Europäischen Union und in der Erschließung neuer Märkte für nachwachsende Rohstoffe. Die Gesellschaft hat eine hohe Verantwortung für bezahlbare Lebensmittel, die soziale Gestaltung des Strukturwandels in der Landwirtschaft und nachhaltiges Wirtschaften.

Der gegenwärtige Ansatz der Gemeinsamen Agrarpolitik als Kombination von Interventions- und Richtpreisen mit Mengenregulierung und Ausgleichszahlung hat sich als prinzipiell tragfähig erwiesen. Diese Instrumente müssen zweifellos effektiver und differenzierter ausgestaltet, gleichzeitig aber gegen neoliberale Angriffe verteidigt werden. Nur so kann auch weiterhin flächendeckende Landwirtschaft insbesondere in europäischen Regionen mit relativ ungünstigen natürlichen und

ökonomischen Produktionsbedingungen gesichert werden.

Die PDS bewertet die Vorschläge der Agenda 2000 unter diesem Gesichtspunkt differenziert. Sie unterstützt das europäische Modell einer multifunktionalen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft. Den Beitrag der deutschen Bauern zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Betriebe sehen wir nicht vorrangig in weiterer Rationalisierung und Chemisierung, sondern in den folgenden Hauptrichtungen:

- der besseren Nutzung der potentiell sehr unterschiedlichen natürlichen und ökonomischen Standortbedingungen auf der Grundlage regionaler Entwicklungs-konzeptionen;
- der Entfaltung vielfältiger Formen der Kooperation bis hin zur Genossenschaftsbildung sowohl innerhalb der Landwirtschaft, als auch mit Partnern der Vermarktung und Verarbeitung zum Aufbau effektiver regionaler Kreisläufe;
- der verstärkten Vertragslandwirtschaft und besserer Organisation in Erzeugergemeinschaften als Gegengewicht zur Macht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelketten;
- der Überwindung der bisherigen Trennung von Landwirtschaft und Gewerbe sowie Übernahme landwirtschaftsnaher Produktion und Dienstleistung;
- der Stärkung der Investitionskraft der zukunftsfähigen Landwirtschaftsbetriebe aller Eigentumsformen.

Die PDS setzt sich für höchstmöglichen politischen Gestaltungsspielraum im Interesse der europäischen Landwirte und Verbraucher ein. Deshalb sind wir der Meinung, daß die Konfrontation mit dem Weltmarkt nicht vor, sondern parallel zur Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit wenigstens des größeren Teils der Agrarbetriebe erfolgen sollte. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, in den bevorstehenden WTO-Verhandlungen gemeinsam mit den EU-Partnern weiter für einen ausreichenden Schutz vor den Expansionsbestrebungen der USA-Agrarwirtschaft sowie unkontrollierten Billigimporten zu sorgen. Der Abbau der Schutzmaßnahmen muß sehr behutsam erfolgen. Den auf Agrarexporte angewiesenen Entwicklungsländern sowie mittel- und osteuropäischen Staaten sind faire Chancen auf der Basis längerfristiger Handelsverträge einzuräumen. Preisdumping lehnen wir - im beiderseitigen Interesse - genauso konsequent ab wie Lohn- und Sozialdumping.

In diesem Zusammenhang hält die PDS die in der Agenda 2000 vorgesehenen Preissenkungen für viel zu hoch. Sie führen bei Bäuerinnen und Bauern in Deutschland zu Einkommenseinbußen von ca. 20 %. Die PDS unterstützt den Deutschen Bauernverband in seinem berechtigten Ringen um Erzeugerpreise, die wenigstens annähernd den europäischen Herstellungskosten entsprechen, bzw. um die Kompensation der preisbedingten Verluste.

Die PDS ist sich bewußt, daß die von ihr unterstützte EU-Erweiterung Umschichtungen im Haushalt der Gemeinschaft erfordert. Sie setzt sich für eine sozial und ökologisch verantwortbare Reduzierung der Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft ein. Die Auswirkungen sinkender Subventionen auf die Landwirtschaft in Deutschland erfordern jedoch zugleich, in der nationalen und EU-Agrarpolitik folgendes konsequent umzusetzen:

- Verhinderung eines weiteren Preisverfalls für Agrarprodukte;
- gezielte, komplexe Förderung eines breiten Binnenmarktes für nachwachsende Rohstoffe einschließlich regionaler Energieerzeugung;
- zunehmende Bezahlung landeskultureller Leistungen der Landwirtschaft aus den öffentlichen Haushalten.

Ökologisch verträgliche, sozial verantwortliche und ökonomisch effiziente Landwirtschaft ist in vielfältigen Betriebsformen und -größen möglich. Die EU-Agrarpolitik muß dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Eigentums- und Unternehmensformen folgen und solche Rahmenbedingungen schaffen, daß die Agrarbetriebe ihre jeweiligen Vorteile ausschöpfen können. Das gilt auch für den ökologischen Landbau und seine speziellen Marktchancen. Eine Gleichbehandlung aller Eigentums- und Unternehmensformen in der Wirtschaftspolitik schließt nicht aus, daß die PDS sich insbesondere für den Erhalt und den Ausbau der in vielen europäischen Ländern anzutreffenden genossenschaftlichen Organisationsformen engagiert. Die vorgesehene Degression der Ausgleichszahlungen proportional zur Betriebsgröße widerspricht jedoch diesen Grundsätzen und wird daher von der PDS konsequent abgelehnt.

Die PDS wird gemeinsam mit den ostdeutschen Bäuerinnen und Bauern die Ergebnisse der Bodenreform in Deutschland verteidigen und sich bei der Europäischen Kommission dafür einsetzen, daß die ostdeutschen Agrarbetriebe, insbesondere die Gemeinschaftsunternehmen, nicht vom Bodenerwerb ausgeschlossen bzw. daran gehindert werden. Der Agrarstrukturwandel erfordert eine Bodenpolitik, die ein Abfließen der Ausgleichszahlungen aus der Landwirtschaft über die Pacht in unproduktive Privatsphären verhindert. Die PDS ist für eine Änderung des Privatisierungsauftrages für die ostdeutschen Bodenreformflächen und deren Übergabe an die Länder und Kommunen.

1.5. Eine solidarische Finanzierung der EU-Politik gewährleisten

Die PDS tritt für ein sozial gerechtes Finanz- und Steuersystem in der Europäischen Union ein. Wir fordern, daß die Entscheidungen über den EU-Finanzrahmen bis 2006 vom Geist der Solidarität zwischen stärkeren und schwächeren Ländern und Regionen getragen werden und das EU-Finanzierungssystem transparent gestaltet wird. Unverzichtbar ist das gleichberechtigte Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments in allen Fragen der EU-Finanzierung und der Währungsunion.

Wir sind der Auffassung, daß der Beitrag der Mitgliedsländer zur Finanzierung der Europäischen Union trotz der Diskrepanzen zwischen dem Anteil am Bruttosozialprodukt und dem Finanzierungsanteil der Länder nicht verändert werden sollte. Deshalb wird die PDS der Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,27 % des BIP für den Zeitraum 2000 - 2006 zustimmen. Wir sehen aber die Notwendigkeit, daß die vor der Europäischen Union stehenden Herausforderungen mittelfristig eine Erhöhung des EU-Haushalts notwendig machen.

Finanzielle Reserven liegen darin, daß die bereitgestellten Mittel voll ausgeschöpft und nicht verwendete Gelder nicht an die Mitgliedstaaten zurückgezahlt werden. Es sollte erwogen werden, eine Abgabe auf die Gewinne der EZB zu erheben, die dem Gemeinschaftshaushalt zugeführt wird. Dies wäre ein weiterer Schritt zu einem EU-

Haushalt, der mehr und mehr aus Eigeneinnahmen der Gemeinschaft besteht und der Europäischen Union größere Spielräume bei der Durchführung der Gemeinschaftspolitiken gewährt. Wir halten es für notwendig, in der kommenden Wahlperiode eine Diskussion über die schrittweise Einführung zusätzlicher Gemeinschaftsmittel zu führen und entsprechende Entscheidungen vorzubereiten. Denkbar wäre, Gemeinschaftssteuern auf ähnliche Art und Weise zu erheben, wie es für die EGKS üblich ist. Deren Beiträge werden von der EU-Kommission mittels einer Steuer auf Produktionswerte bestimmter Montangüter erhoben, die direkt von den Montanunternehmen abgeführt werden, also von denjenigen, die von der EGKS am meisten profitieren. Damit würde die Schieflage in der Europäischen Union - die Mitgliedstaaten zahlen Beiträge aus dem Staatshaushalt, also steuerfinanziert, die großen Unternehmen dagegen erzielen die Profite - abgemildert. Für die Gestaltung eines sozialen und ökologischen Europas stünde mehr Geld zur Verfügung, ohne die Staatskassen in Form höherer Neuverschuldung zu belasten.

Auf der Ausgabenseite geht es vor allem darum, die der Europäischen Union zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend den veränderten Herausforderungen einer Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion sowie der EU-Erweiterung neu zu verteilen. Deshalb ist es unumgänglich, die Ausgabenstruktur des EU-Haushalts einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

In der kommenden Wahlperiode kommt es darauf an, deutliche Fortschritte bei der Steuerharmonisierung in der Europäischen Union zu erreichen. Steuerdumping und Steuerflucht müssen unterbunden, Steueroasen beseitigt werden. Die PDS tritt für eine Harmonisierung der Einkommensteuern und der Unternehmenssteuern in der Europäischen Union auf der Basis einer sozial gerechten Lastenverteilung für alle Bürgerinnen und Bürger ein. Sozial gerechte Steuersysteme bedeuten für die PDS, daß Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen steuerlich entlastet werden, während hohe Einkommen auch entsprechend hoch zu besteuern sind. Das gleiche gilt für Unternehmenssteuern. Unternehmensgewinne, die in ökosoziale Projekte und zukunftsfähige, tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze reinvestiert werden, sollten steuerlich begünstigt werden. Dazu müßte eine einheitliche Zinsbesteuerung in Form einer Quellensteuer kommen.

2. Für die umfassende Demokratisierung der Europäischen Union

Nach wie vor krankt die Europäische Union an ungenügender demokratischer Legitimation. Der Amsterdamer Vertrag hat das Demokratiedefizit nicht beseitigt. Zwar wurden dem Europäischen Parlament einige neue Mitentscheidungsrechte gewährt, doch von einer demokratischen Teilhabe der in der Europäischen Union lebenden Menschen an Politik und Entscheidungsfindung kann keine Rede sein. Die Folge sind Skepsis, Mißtrauen und Distanz gegenüber der Europäischen Union und dem europäischen Integrationsprozeß. In den meisten Mitgliedsländern schwindet das Interesse der Menschen an der gemeinsamen Lösung der vor allen Mitgliedsländern stehenden Herausforderungen. Die Grenzen der Übergabe nationaler Souveränität an die Europäische Union sind sichtbarer geworden. Notwendige politische Entscheidungen werden von Regierungen blockiert. Tendenzen politischer Renationalisierung verstärken sich, nationalistische Stimmungen nehmen bedrohliche Ausmaße an.

Die Währungsunion und die Einführung des EURO bedeuten jedoch einen

qualitativen Sprung in der gegenseitigen politischen und ökonomischen Durchdringung der Mitgliedsländer, der die Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger tiefgreifend beeinflussen wird. Deutlicher denn je offenbart sich die Notwendigkeit, den Widerspruch zwischen Währungsunion und Binnenmarkt auf der einen, unzureichender Politischer Union sowie fehlender demokratischer Teilhabe der Menschen am Integrationsprozeß auf der anderen Seite zu lösen. Objektiv ist ein Prozeß im Gange, der eine Neubestimmung des Verhältnisses der kommunalen, regionalen, nationalstaatlichen und unionsweiten Handlungsebenen zueinander erfordert. Dieser vollzieht sich bisher, ohne daß Leitbilder und Perspektiven der Europäischen Union von den hier lebenden Menschen diskutiert und legitimiert werden. Die Demokratie ist zu einem Schlüsselproblem der weiteren Entwicklung der Europäischen Union geworden.

Die PDS tritt entschieden für eine umfassende Demokratisierung der Europäischen Union ein. Wir wollen, daß sich die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen beteiligen, daß sie politische und soziale Verantwortung übernehmen können. Eine Demokratisierung der Europäischen Union erfordert: erstens, die Verankerung einklagbarer Grund- und Menschenrechte im EU-Vertrag; zweitens, die Beseitigung der wachsenden Machtkonzentration in den Händen der Exekutiven und Bürokratien durch Stärkung der repräsentativen Demokratie, vor allem der Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente; drittens, mehr Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, mehr direkte Demokratie; viertens, die Demokratisierung des Arbeits- und des Wirtschaftslebens.

Für eine demokratische Ausgestaltung der Europäischen Union müssen Grund- und Menschenrechte für alle in der Union lebenden Menschen garantiert sein. Das bestehende Vertragswerk der Europäischen Union ist um einen entsprechenden Katalog beim Europäischen Gerichtshof einklagbarer Grund- und Menschenrechte zu erweitern. Die PDS hat als erste Partei in Deutschland bereits 1995 dazu einen Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht. Sie wird sich gemeinsam mit anderen linken Parteien und demokratischen Kräften auch künftig dafür engagieren. Rechtlich zu verankern sind in einem solchen Katalog die grundlegenden Menschenrechte, die politischen Gestaltungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, die sozialen, kulturellen und ökologischen Rechte sowie die prozessualen Grundrechte.

Die PDS tritt für eine Demokratisierung und Reform der EU-Institutionen ein. Sie fordert eine Aufwertung des Europäischen Parlaments im politischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozeß der Europäischen Union. Das Europäische Parlament ist die einzige EU-Institution, deren Zusammensetzung die Bürgerinnen und Bürger durch demokratische Wahlen direkt bestimmen. Es muß dem Ministerrat bei allen legislativen Entscheidungen der gemeinschaftlichen Rechtsetzung im Bereich des Binnenmarktes sowie in allen Politikbereichen, in denen der Rat mit Mehrheit entscheidet, gleichgestellt werden. Die PDS unterstützt Forderungen nach Einschränkung des Einstimmigkeitsprinzips und befürwortet die Ausweitung des Prinzips von Mehrheitsentscheidungen im Rat. Das Einstimmigkeitsprinzip ist bei Grundsatzfragen wie EU-Vertragsänderungen, der Veränderung des Finanzsystems oder im Hinblick auf Sicherheitspolitik beizubehalten. Wir wollen, daß das Europäische Parlament Initiativrecht im Gesetzgebungsprozeß erhält. Alle Änderungen des EU-Vertrages müssen künftig auch der Zustimmung des Europäischen Parlaments unterliegen. Die PDS fordert weiterhin Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte für das Europäische Parlament in den Bereichen

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Rechts- und Innenpolitik. Sie spricht sich dafür aus, daß der Präsident bzw. die Präsidentin und die Kommissare und Kommissarinnen der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament gewählt wird. Die Kommission ist nach dem Prinzip ein Land - ein Kommissar bzw. eine Kommissarin zu besetzen. Die jüngst aufgedeckten Unregelmäßigkeiten in der Haushaltsführung der EU-Kommission haben erneut aufgezeigt, daß eine Stärkung der Kontrollrechte des EP gegenüber der EU-Kommission und einzelnen Kommissaren und Kommissarinnen dringend erforderlich ist. Das Europäische Parlament sollte über die Auswahl der EU-Kommissare mitentscheiden. Eine solche Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments im Gefüge der EU-Institutionen würde den notwendigen Prozeß der Parlamentarisierung der Europäischen Union voranbringen und auch das bisherige Übergewicht ihrer mitgliedstaatlichen Legitimation aufheben. Mit diesen Veränderungen würde gewährleistet, daß das Europäische Parlament im Rahmen der Gewaltenteilung eine politische Rolle spielt, die derjenigen der nationalen Parlamente im politischen System ihres jeweiligen Staates näherkäme. Die PDS setzt sich dafür ein, daß die Wahlen zum Europäischen Parlament in allen EU-Mitgliedstaaten nach gemeinsamen Grundsätzen und Verfahren, einheitlich auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts und ohne Sperrklausel durchgeführt werden.

Da die wesentlichen Entscheidungen über die weitere Entwicklung der Union nach wie vor von den Regierungen der Mitgliedsländer getroffen werden, erfordert eine Demokratisierung der Europäischen Union zugleich größere Mitgestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Die PDS befürwortet verbindliche Schritte, um den nationalen parlamentarischen Prozeß in die Entscheidungsfindung auf der Ebene der Europäischen Union einzufügen. In der Bundesrepublik betrifft dies insbesondere den Bundestag und seinen EU-Ausschuß. Sie müssen sowohl Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte bei der Konzipierung und Umsetzung der nationalen EU-Politik, als auch Kontrollrechte über die nationale Umsetzung von EU-Entscheidungen erhalten. Als besonders dringlich erachtet die PDS die Einbeziehung der nationalen Parlamente in Entscheidungen zu den Bereichen, die mit dem Amsterdamer Vertrag in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit verbleiben, vor allem der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Justiz- und Innenpolitik. Darüber hinaus sollte eine praxisnahe Regelung entwickelt werden, wie die lokale und regionale Ebene - z.B. durch Beteiligung ihrer Verbände - bereits im Entwurfsstadium wichtiger kommunalrelevanter EU-Verordnungen und EU-Richtlinien einbezogen wird. Auf der Grundlage von Art. 23 GG ist zu sichern, daß die Rolle der Landtage im Rahmen des Abstimmungs- und Entscheidungsverfahrens zwischen Bund und Ländern deutlich gestärkt wird.

Die Demokratisierung der Europäischen Union erfordert es, auch die Stellung des Ausschusses der Regionen zu stärken. Seine Mitglieder sollten nicht von den Regierungen ernannt, sondern von den jeweiligen regionalen Körperschaften bzw. nationalen Parlamenten gewählt werden. Die Aufgaben des Ausschusses sind dahingehend zu erweitern, daß er in allen Fragen, die spezifische regionale Interessen und die Rechte regionaler und kommunaler Körperschaften betreffen, Mitspracherechte erhält. Der Ausschuß der Regionen sollte insbesondere darauf Einfluß nehmen, daß die in der "Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung" benannten Prinzipien in den EU-Vertrag aufgenommen werden. Die PDS verschließt sich nicht dem Erfordernis einer EU-weiten Zusammenarbeit im Bereich der Justiz- und Innenpolitik. Für uns ist jedoch inakzeptabel, daß dieser

sensible Politikbereich de facto völlig außerhalb demokratischer Einflußnahme und Kontrolle bleiben soll. Deshalb fordert die PDS diesbezüglich radikale Änderungen des Amsterdamer Vertrages. Sie tritt für eine schrittweise und einvernehmliche Annäherung und Angleichung der Rechtssysteme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den dafür geeigneten Gebieten ein, wobei die historisch gewachsenen Unterschiede im Recht- und im Justizwesen der Mitgliedstaaten zu achten und zu bewahren sind.

Politisch ist uns besonders wichtig, die Europäische Polizeibehörde (EUROPOL) einer direkten Kontrolle des Europäischen Parlaments zu unterstellen und die Immunität von Eurocops abzuschaffen. EUROPOL darf nicht zu geheimdienstlichen Zwecken mißbraucht werden. Sicherzustellen ist, daß die 1995 verabschiedete EU-Datenschutzrichtlinie in allen Ländern, besonders in Deutschland, sofort in nationales Recht überführt und umgesetzt wird. Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität sollte sich EUROPOL unserer Auffassung nach vorrangig auf die Verfolgung von Steuerhinterziehung im großen Stil, von Umweltkriminalität, illegalem Waffenhandel, Kinderpornographie, Kinder- und Frauenhandel sowie Betrug mit EU-Geldern konzentrieren. Gegenwärtig jedoch zeigen Struktur und Kompetenzen von EUROPOL, daß dieses Instrument für diese Aufgaben nicht geeignet ist. Die PDS tritt für eine Stärkung des Gerichtshofes der Europäischen Union ein.

Demokratisierung der Europäischen Union bedeutet für die PDS, Entscheidungsprozesse so zu gestalten, daß die Bürgerinnen und Bürger direkte Mitgestaltungsrechte und Mitentscheidungsmöglichkeiten haben. Deshalb fordert die PDS, bei grundlegenden Beschlüssen zur Ausgestaltung der Europäischen Union, z.B. bei Änderungen des EU-Vertrages, Plebiszite in allen EU-Mitgliedstaaten einzuführen.

Sie hält es für unverzichtbar, Nichtregierungsorganisationen, BürgerInneninitiativen, Gewerkschaften, Frauenverbände und andere gesellschaftliche Kräfte und Organisationen in Planungsprozesse sowie in entscheidungsvorbereitende Aktivitäten der EU-Institutionen einzubeziehen.

Die PDS tritt dafür ein, daß Entscheidungen dort gefällt werden, wo die jeweiligen Probleme am sinnvollsten und effektivsten gelöst werden können. Die Aufgabenverteilung zwischen der Union, den Mitgliedstaaten, den Regionen und kommunalen Körperschaften ist so zu gestalten, daß Bürgernähe, Transparenz und Vereinfachung von Entscheidungsstrukturen erreicht werden. Für die PDS bleibt Subsidiarität ein wichtiges Moment der Demokratisierung in der Europäischen Union. Das Wechselverhältnis zwischen Demokratie und Subsidiarität bleibt jedoch nur dann gewahrt, wenn einerseits in der Europäischen Union entsprechende Mindeststandards eingeführt werden und andererseits das Recht der Staaten bzw. Regionen festgeschrieben wird, weitergehende Regelungen beizubehalten bzw. durchzusetzen. Die PDS wird sich deshalb auf Bundes- wie EU-Ebene dafür einsetzen, daß über die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips keine sozialreaktionären oder umweltfeindlichen Politikvorstellungen (z.B. die Aushöhlung von Verbraucherschutzgesetzen) legitimiert werden.

Eine Demokratisierung der Europäischen Union ist für die PDS ohne Demokratisierung der Arbeitswelt und der Wirtschaft nicht vorstellbar. Dazu gehört für uns die Stärkung und Ausweitung gewerkschaftlicher und betrieblicher Mitbestimmungsrechte, vor allem für die Europäischen Betriebsräte. Im Rahmen der

Europäischen Aktiengesellschaften sind verbindliche Mitbestimmungsrechte festzulegen.

Die PDS setzt sich für EU-weite Gewerkschafts- und Beschäftigtenrechte ein, um den Aufbau entsprechender Gegenmächte zum "European Round Table" der europäischen Großindustrie oder des EU-Unternehmerverbandes UNICE zu befördern. Die Ausklammerung des Streikrechts aus dem EU-Vertrag muß aufgehoben und künftig ein EU-weites Streikrecht der Gewerkschaften vertragsrechtlich garantiert werden. Die PDS tritt für ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften ein. Außerdem fordern wir, daß dem Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA) bei der Vorbereitung von Entscheidungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich Antragsrecht eingeräumt wird.

3. Für ein solidarisches Zusammenleben in der Gesellschaft

Die Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen - unabhängig von Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Herkunft, Hautfarbe, Religion, weltanschaulicher und politischer Überzeugung, von Behinderung, von sexueller Orientierung und Staatsbürgerschaft - sind universelle humanistische Werte und Prinzipien.

Im EU-Vertrag sind die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit als gemeinsame Grundsätze aller Mitgliedstaaten und der Union verankert. Ebenso wird die Achtung der Grundrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten dargelegt sind, zum allgemeinen Grundsatz des Gemeinschaftsrechts erhoben.

Ungeachtet dieser vertraglichen Bestimmungen ist die Europäische Union, wie die alltägliche Realität beweist, jedoch weit davon entfernt, Menschen- und Grundrechte für alle in der Union lebenden Menschen umfassend zu garantieren. Dies betrifft insbesondere die Grundrechte auf Arbeit, Wohnung und Bildung. Deshalb setzt sich die PDS dafür ein, die Europäische Union zu einer Gemeinschaft zu entwickeln, in der Ausgrenzung und Diskriminierung gezielt bekämpft und vollständig beseitigt werden. Dies setzt grundlegende Veränderungen sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf EU-Ebene voraus.

Die in Artikel 13 EG-Vertrag des Amsterdamer Vertrages aufgenommene sogenannte Antidiskriminierungsklausel ist völlig unzureichend, da sie Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung weder verbietet noch die Verpflichtung enthält, bestehende Diskriminierungen abzuschaffen. Notwendig ist deshalb die Erarbeitung umfassender Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetze.

Wir wollen, daß Rat und Europäisches Parlament jährlich für jedes Mitglied der Union verbindliche Aktionsprogramme beschließen, die sicherstellen, daß die vorhandenen Defizite beim Schutz der Grund- und Menschenrechte abgebaut werden. Darin sind Verletzungen der Grund- und Menschenrechte offen zu benennen, konkrete Maßnahmen und Fristen zu ihrer Überwindung festzulegen. Dies sehen wir auch deshalb als erforderlich an, damit der im Amsterdamer Vertrag enthaltene Artikel 7, wonach Mitgliedstaaten, die Menschenrechte schwerwiegend und anhaltend

verletzen, durch Sanktionen zur Einhaltung der Menschenrechte gezwungen werden können, nicht Makulatur bleibt.

3.1. Frauen und Männer gleichstellen

In der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten ist trotz formal garantierter Gleichberechtigung die Gleichstellung der Geschlechter nach wie vor nicht Realität. Frauen werden auf unterschiedliche Weise in allen Lebensbereichen diskriminiert. Die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter wird in den hochentwickelten westeuropäischen Gesellschaften kaum in Frage gestellt. Frauen in Spitzenpositionen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sind noch immer eine Seltenheit. Die selbstbestimmte Entfaltung ihrer Fähigkeiten wird ihnen vor allem deshalb erschwert, weil sie von Erwerbslosigkeit, ungerechter Bewertung und Bezahlung der Arbeit überdurchschnittlich hoch betroffen sind. Vor allem Frauen werden in Teilzeitbeschäftigung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse gezwungen. Arbeitslosigkeit und Armut in der Europäischen Union sind in erster Linie weiblich.

Um eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, sind vielfältige Schritte und Maßnahmen erforderlich. Die Neuregelungen im Amsterdamer Vertrag, mit denen die Gleichheit von Frauen und Männern nunmehr erstmals zur Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft erklärt wurde, stellen zwar einen gewissen vertragsrechtlichen Fortschritt dar, reichen aber nicht aus. Wir wollen, daß die Gleichstellung der Geschlechter für alle Politikbereiche im EU-Vertrag verankert wird, daß für ihre Umsetzung ausreichende Finanzmittel bereitgestellt und wirksame Kontrollinstrumente geschaffen werden. Dazu gehört eine regelmäßige öffentliche Rechenschaftslegung aller EU-Gremien und Mitgliedstaaten über Fortschritte bei der Überwindung von Frauendiskriminierung anhand konkreter Kriterien wie Personalbesetzungspläne und Durchschnittseinkommen. Frauen dürfen nicht dadurch benachteiligt werden, daß sie durch Kindererziehung, Pflegeleistungen, Hausarbeit u.a. nur geringe oder keine Rentenansprüche erwerben. Deshalb fordern wir die Anerkennung und Durchsetzung einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen bis ins Alter. Alle Gesetzesinitiativen, aber auch alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik sind generell entsprechend dem "gender mainstreaming"-Ansatz der Europäischen Kommission auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu prüfen. Um die Chancengleichheit von Frauen zu verstärken, unterstützt die PDS Forderungen nach

- Quotierung des Europäischen Gerichtshofes;
- Einrichtung eines EU-Rates für Frauen und Gleichstellungsministerinnen der Länder sowie
- die Bildung eines Gleichstellungsausschusses im Europäischen Parlament,

Die Aktionsplattform der Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 muß von der Union und ihren Mitgliedstaaten zügig in die Tat umgesetzt werden.

Die PDS wird sich nicht damit abfinden, daß 40 Jahre nach Abschluß der Römischen Verträge noch immer ein enormes Gefälle zwischen den Löhnen von Männern und Frauen besteht. Wir setzen uns für die Durchsetzung des in Artikel 141 EG-Vertrag festgeschriebenen Rechts auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein und fordern unionsweit Sanktionen gegen Betriebe und Unternehmen, die diesen Grundsatz verletzen.

Das Gleichstellungsprinzip muß insbesondere in sämtliche Beschäftigungsleitlinien und in die nationalen Aktionspläne integriert werden. Dabei sind Referenzziele mit eindeutigen Zeitplänen und den notwendigen Haushaltsmitteln für die Verbesserung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsleben aufzunehmen. Kriterien der Chancengleichheit und der gerechten Verteilung der Finanzmittel müssen zukünftig in alle Strukturfondsprogramme einbezogen werden, einschließlich derjenigen zur Förderung von Infrastrukturprojekten und unterstützenden Maßnahmen bei der Umstellung von Industrie und Landwirtschaft. Ein bestimmter Prozentsatz der Mittel ist für Projekte der sozialen Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Horte) und für Qualifizierungsprogramme arbeitsloser Frauen zu reservieren, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung sind gezielt zu fördern. Dazu zählen auf beschäftigungspolitischem Gebiet existenzsichernde Teilzeitmodelle, die den gleichen sozialen Schutz und die gleichen ArbeitnehmerInnenrechte wie Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse bieten.

Die PDS setzt sich dafür ein, Gewalt an Frauen entschieden zu bekämpfen. Frauenhandel kann nur auf europäischer Ebene effektiv begegnet werden. Zum Schutz der Opfer von Frauenhändlern fordern wir wirksame europäische Regelungen. Dazu zählen das Bleiberecht in der EU mindestens bis zum Abschluß von Gerichtsverfahren, das dauerhafte Bleiberecht für Frauen, die nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, wirksamer Schutz der Opfer vor Racheaktionen der Händlerorganisationen. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und frauendiskriminierende Werbung bekämpfen.

Wir wenden uns gegen jegliche juristische und gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und fordern, daß in der Union die Bedingungen für die volle und gleichberechtigte Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen geschaffen werden.

Sie setzt sich für die Umsetzung der Entschlüsse des Europäischen Parlaments von 1989 gegen die Diskriminierung von Transsexuellen und von 1994 für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen ein, wobei sie die Privilegierung einer einzigen Form des Zusammenlebens ablehnt. Die PDS will die gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen und Lebensgemeinschaften.

3.2. Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche sichern

Der europäische Einigungsprozeß ist für Kinder und Jugendliche durch vielfältige Formen des Schüler- und Jugendaustauschs, Europäische Freiwilligendienste oder Bildungsprogramme zunehmend erfahrbar geworden. Viele junge Menschen stehen der europäischen Integration positiv gegenüber. Zugleich wachsen aber auch unter ihnen Zukunftsängste und Hoffnungslosigkeit, weil die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist, weil Ausbildungsplätze und Jugendfreizeitstätten fehlen. Sie fühlen sich bedroht von Zerstörung der Umwelt, zunehmender Gewalt in der Gesellschaft, Bevormundung und Intoleranz.

Damit Kinder und Jugendliche in der Europäischen Union eine Zukunft sehen und auch haben, ist es unabdingbar, ihre Entwicklung zu emanzipierten, selbstbewußten, umfassend gebildeten Persönlichkeiten zu unterstützen und zu begleiten. Junge Menschen dürfen nicht nur als Arbeitsmarktreserve betrachtet, sondern es muß

ihnen ermöglicht werden, als selbstbestimmte Individuen aufzuwachsen und zu leben.

Die PDS setzt sich dafür ein, daß in der Europäischen Union die UN-Konvention zum Schutz der Rechte der Kinder verwirklicht wird. Ihr Inhalt muß rechtlich verbindlicher Grundrechtsbestand der Gemeinschaft werden. Wir treten dafür ein, in den EU-Vertrag einen eigenständigen Titel "Kinder und Jugend" mit einer kinder- und jugendpolitischen Querschnittsklausel aufzunehmen. Rat und Europäisches Parlament sollen in möglichst breiter Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendorganisationen Leitlinien zu ihrer Untersetzung erarbeiten. Im EU-Haushalt ist ein eigener, fester Haushaltstitel einzurichten, der für eine kontinuierliche Arbeit im Kinder- und Jugendbereich zur Verfügung steht.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich verpflichten, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gleiche Chancen für Bildung und berufliche Ausbildung bieten. Ein Rechtsanspruch auf öffentliche Gesundheitsfürsorge ohne individuelle Zuzahlung soll EU-Standard werden. Wir wollen, daß Kindererwerbsarbeit in der Europäischen Union verboten wird und gezielte Maßnahmen zur Beseitigung ihrer Ursachen ergriffen werden. Wir sehen es als wichtig an, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zu geben, selbst Politik zu machen, ihre Sicht in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen und ihre Interessen bewußt wahrzunehmen. Deshalb befürworten wir die Bildung eines Europäischen Kinder- und Jugendrates, dessen Vorschläge in der EU-Gesetzgebung berücksichtigt werden müssen. Das aktive Wahlalter soll auch für Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre gesenkt werden.

3.3. Die Würde des Alters achten

Alter ist heute noch in beträchtlichem Maße von Vereinsamung, Isolation und Herausdrängen aus dem Erwerbsleben gekennzeichnet. Steigende Lebenshaltungskosten, Abbau von Sozialleistungen und niedrige Renten beeinträchtigen die Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren erheblich. In allen EU-Mitgliedstaaten wächst der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung, und es besteht die Gefahr, daß die gegenwärtigen sozialen Sicherungssysteme durch politischen Mißbrauch des demographischen Faktors in Frage gestellt werden.

Die PDS setzt sich für ein selbstbestimmtes, materiell gesichertes und sozial integriertes Leben im Alter ein. Wir wollen, daß die Lebensleistungen der älteren Menschen geachtet werden, und treten für einen solidarischen Umgang der Generationen (Generationenvertrag) ein, in dem Erfahrungen, Erkenntnisse und kulturelle Werte als gegenseitige Bereicherung angesehen werden.

Deshalb fordern wir, daß in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten gezielt Maßnahmen ergriffen werden, um Altersarmut zu bekämpfen und der Ausgrenzung älterer Menschen entgegenzuwirken. Ältere Bürgerinnen und Bürger, die keine oder nur sehr geringe gesetzliche Rentenansprüche haben, müssen eine Mindestrente erhalten, die ihnen ein Leben in Würde gestattet. Wir unterstützen die Forderungen von Seniorenorganisationen nach bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum, umfassender gesundheitlicher Betreuung und für ein barrierefreies öffentliches Verkehrsnetz. Älteren Menschen sollen bestimmte Vergünstigungen sowie

Ermäßigungen in öffentlichen Verkehrsmitteln gewährt werden. Deshalb unterstützt die PDS die Einführung eines europäischen SeniorInnenpasses, wie er bereits 1989 von der EG-Kommission empfohlen wurde.

Seniorinnen und Senioren müssen in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens aktiv mitwirken können. Deshalb befürwortet die PDS die Ausweitung von Mitspracherechten von Seniorinnen- und Seniorenbeiräten und -vertretungen. Sie tritt auch dafür ein, erneut ein "Europäisches Seniorenparlament" zu initiieren, das im Namen der älteren Generation seine Forderungen und Anregungen für eine SeniorInnen-Politik formuliert.

3.4. Menschen mit Behinderungen gleiche Chancen gewähren

Für Menschen mit Behinderungen ist trotz Verbesserungen in Einzelbereichen Chancengleichheit in der Europäischen Union nicht gegeben. Überproportional hohe Arbeitslosigkeit sowie bauliche, kommunikative und soziale Barrieren bestehen ungeachtet der Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte (Standard Rules) - einer Resolution der UNO aus dem Jahre 1993. Finanzielle Mittel zur Herstellung der Chancengleichheit und gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wurden kontinuierlich gekürzt.

Die PDS tritt dafür ein, daß sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verpflichten, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, die Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben ermöglichen sowie ihnen Selbständigkeit und Freiraum gewähren. Volle Teilhabe von Frauen und Männern, Kindern und Alten, die mit ihren Behinderungen leben, erfordert Chancengleichheit, die die spezifische Situation berücksichtigt.

Wir wollen, daß die EU-Programme für Menschen mit Behinderungen, z.B. HELIOS, weitergeführt und gezielt ausgebaut werden. Notwendig sind die Schaffung eines Mainstreaming-Programms Chancengleichheit sowie die Förderung europäischer und nationaler Nichtregierungsorganisationen, die die Interessen behinderter Menschen vertreten. Die Förderung von Ausbildungs-, Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen muß untrennbarer Bestandteil der EU-Beschäftigungspolitik sein. Besonderes Augenmerk ist auf die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Wohnwelt, auf deren behindertengerechte Ausgestaltung zu richten. Grundlegendes Gestaltungs- und Handlungsprinzip muß dabei die Herstellung der Barrierefreiheit in allen Lebensräumen - auf der Straße, in Arbeitsstätten, in öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln und beim Wohnen sein.

Die PDS lehnt die Bioethik/Biomedizin-Konvention des Europarates ab. Eingedenk negativer historischer Erfahrungen und aus prinzipieller Ablehnung irreversibler Eingriffe in genetische Abläufe sieht die PDS in der Ermöglichung fremdnütziger Forschung das Einfallstor für unabsehbare und damit unverantwortbare Manipulation am Menschen. Die PDS fordert ein klares Verbot fremdnütziger Eingriffe und Forschung.

3.5. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verhindern

In der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten erleben wir ein gesellschaftliches Klima der Entsolidarisierung und Fremdenfeindlichkeit.

Das begünstigt Rechtsextremismus, Rassismus und das Aufleben von Antisemitismus. Eine wichtige Ursache sehen wir darin, daß Einwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf Unionsebene in erster Linie als Problem der Inneren Sicherheit behandelt wird und den Geist von Abschottung, Gefahrenabwehr und Kriminalisierung atmet. Immer mehr Flüchtlinge werden zu Illegalen erklärt.

Dieses Herangehen der EU-Mitgliedstaaten, das sich auf die Abkommen von Schengen und Dublin gründet und laut Amsterdamer Vertrag durch Überführung des Schengen-Besitzstandes Bestandteil des Gemeinschaftsrechts werden soll, lehnt die PDS aus drei Gründen ab: Erstens wird die Europäische Union mit ihrem Festungsbau die Probleme der Flucht, Vertreibung und Migration weder in den Ursprungsländern lösen noch dem Druck auf ihre Staaten standhalten können. Staaten lassen sich nicht hermetisch abriegeln. Zweitens gefährdet diese auf Abwehr und Kriminalisierung fußende Politik Demokratie und Menschenrechte in der Gesellschaft, da diese nicht als universelle Werte bzw. Rechte, sondern als Privilegien für Unionsbürgerinnen und -bürger gelten sollen. Drittens ist es für uns nicht akzeptabel, daß Einwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union völlig außerhalb demokratischer parlamentarischer Kontrolle und Einflußnahme bleiben soll.

Die PDS setzt sich deshalb für grundlegende Veränderungen in diesem Politikbereich der Europäischen Union ein. Globalisierung im Sinne einer voranschreitenden weltweiten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vernetzung, einer Öffnung nach außen, erfordert, eine interkulturelle Politik nach innen zu betreiben. Einheimische, eingewanderte oder geflüchtete Menschen, Mehrheiten und Minderheiten, müssen auf der Basis von Toleranz, gegenseitiger Anerkennung und Völkerverständigung gleichberechtigt, solidarisch und friedlich zusammenleben. Für Illegalisierte muß die Chance eines Bleiberechts geschaffen werden.

Die PDS ist für eine Vergemeinschaftung der Einwanderungs- und Visa-, Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Herauslösung dieses Politikbereichs aus der Ebene zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und seine Überführung in Gemeinschaftsrecht bedarf jedoch einer wirksamen parlamentarischen Einflußnahme und Kontrolle. Wir sind dagegen, daß allein der Rat entscheidet, sondern wollen, daß das Europäische Parlament über Mitentscheidungsrechte und Kontrollbefugnisse verfügt. Wir setzen uns für eine entsprechende Änderung des Amsterdamer Vertrages ein.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind Einwanderungsländer, Migrantinnen und Migranten gehören zu ihren Gesellschaften. Eine gemeinsame EU-Einwanderungspolitik muß von dem Grundsatz ausgehen, daß ausländische Menschen, die dauerhaft in der Union leben, Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten rechtlich gleichgestellt werden und die gleichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte genießen können, die das jeweilige nationale Recht und das Gemeinschaftsrecht für eigene Staatsangehörige bzw. Unionsbürger normiert. Ausländerinnen und Ausländer, die mindestens fünf Jahre ihren Lebensmittelpunkt in einem der EU-Mitgliedstaaten haben, gebührt das Recht, die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltslandes und damit auch die Unionsbürgerschaft zu erwerben und - soweit sie es wünschen - gleichzeitig die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes bzw. ihre bisherige Staatsbürgerschaft beizubehalten. Nach fünfjährigem Aufenthalt

im Gebiet der Europäischen Union ist Migrantinnen und Migranten das aktive und passive Wahlrecht für alle Wahlen in ihrem Aufenthaltsland sowie für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu gewähren.

Eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union kann unserer Auffassung nach nur davon ausgehen, daß die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die bisher anerkannten Standards internationalen Flüchtlingsrechts der Vereinten Nationen in der Europäischen Union uneingeschränkt Geltung erlangen. Die Aufnahme von Asylsuchenden und die Gewährung von Schutz vor politischer Verfolgung gehören zum elementaren und indisponiblen Menschenrechtsbestand. In diesem Sinne muß das Grundrecht auf Asyl in der Bundesrepublik wiederhergestellt und die doppelte Staatsbürgerschaft gewährt werden. Wir wollen, daß in der Europäischen Union auch Personen Asyl gewährt wird, die als einzelne oder Angehörige einer Gruppe aus rassistischen, religiösen, geschlechtsspezifischen Gründen, wegen ihrer Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer sexuellen Orientierung befürchten müssen, durch staatliche, quasi staatliche oder staatlich geduldete Handlungen verfolgt zu werden. Menschen, denen in diesem Sinne Verfolgung droht, steht ein individuelles Recht auf effektiven Zugang zum Asylverfahren in einem der EU-Mitgliedstaaten mit verfahrensabhängigem Bleibe- und unabhängigem Prüfungsrecht durch gerichtliche Instanzen zu.

Die Flucht aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland oder über ein Drittland darf keinen Ausschluß vom Asylverfahren begründen. Für Flüchtlinge aus Bürgerkriegs- oder Krisenregionen ist ein asylunabhängiger befristeter Aufenthaltsstatus zu schaffen, der auch eine verteilte Aufnahme dieser Flüchtlinge in den einzelnen Ländern der Europäischen Union einschließt. Zudem fordert die PDS die Abschaffung der Abschiebehäft bzw. der -lager im gesamten Unionsgebiet. Kindern und Jugendlichen aus Bürgerkriegs-, Katastrophen- und Krisenregionen wird dieser Aufenthaltsstatus auch ohne begleitende Erziehungsberechtigte gewährt. Ihnen wird voller Zugang zu Kindergärten, Kinderhorten, Schulen und anderen Weiterbildungseinrichtungen sowie ebenso uneingeschränkte medizinische Versorgung gesichert.

Die PDS wird weiterhin gemeinsam mit anderen demokratischen und antifaschistischen Kräften konsequent Widerstand gegen Rechtsentwicklung, Rassismus und Antisemitismus leisten. Die Entwicklung breiter antifaschistischer Bündnisse und die effektivere EU-weite Vernetzung antifaschistischer Initiativen und Organisationen ist der PDS ein dringliches politisches Anliegen. Wir fordern die Entschädigung aller bisher davon ausgeschlossenen Opfer der NS-Herrschaft im In- und Ausland, einschließlich der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Roma und Sinti, der Homosexuellen, der Euthanasieopfer und Zwangssterilisierten, die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und der wegen Wehrkraftzersetzung Verurteilten sowie die Aufhebung der noch bestehenden NS-Urteile. Konzerne, die von Zwangsarbeit und dem Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen materiellen Nutzen hatten, müssen für Entschädigungsleistungen herangezogen werden.

4. Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport fördern

Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport haben für die Zukunft der Menschen und die europäische Integration eine wachsende Bedeutung. Sie legen

wesentliche Grundsteine für das Kennen und gegenseitige Verstehen der Kulturen Europas, ihrer Vielfalt und ihrer Gemeinsamkeiten. Ohne daß ethnische, religiöse, kulturelle, nationale wie regionale Identitäten verlorengehen, tragen sie zugleich zur Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität bei. Dies setzt jedoch voraus, daß Bürgerinnen und Bürger ungehinderten Zugang zu Kunst, Bildung, wissenschaftlicher Lehre und Forschung sowie Sport haben.

Die PDS engagiert sich für eine *Kulturpolitik*, die sich der kulturellen Vielfalt und dem Schutz der kulturellen Rechte aller Individuen, Gruppen und Völker Europas ebenso verpflichtet fühlt wie der europäischen und weltweiten kulturellen Zusammenarbeit. Der fortschreitenden Nivellierung und der wachsenden Verbreitung kommerzieller Kulturmuster möchte die PDS durch die Förderung selbstbestimmter kultureller Initiativen und die Bewahrung der humanistischen Traditionen entgegenzutreten. An die Stelle einer Globalisierung, die sich immer mehr als Einbahnstraße herausstellt, auf der die in wenigen Metropolen industriell hergestellten Kulturwaren mit den durch sie transportierten Weltbildern und Verhaltensschemata in alle Welt gelangen, möchte die PDS den wechselseitigen Austausch setzen, der auf gegenseitiger Achtung basiert und sowohl Integration als auch die Bewußtwerdung von Unterschieden und Besonderheiten zum Ziel hat.

Die PDS begrüßt, daß die Europäische Union mit dem Ersten Rahmenprogramm zur Kulturförderung ein einheitliches und transparentes Gesamtkonzept vorgelegt hat. Wir wenden uns jedoch gegen höhere Zugangsschwellen zur Projektförderung und gegen die drastischen Kürzungen der Mittel. Wir werden uns dafür einsetzen, daß europäische Kulturpolitik einen Beitrag dazu leistet, den Abbau der kulturellen Infrastruktur zu verhindern und die Sicherung der kulturellen Selbstbestimmung der Menschen in Bereichen, die außerhalb des engen Spektrums von Mode und Zeitgeist liegen, zu gewährleisten. Der Zugang von unabhängigen Kulturschaffenden, freien Trägern und von öffentlicher Hand finanzierten Kulturinstituten zur Projektförderung muß erleichtert und verstärkte Anstrengungen müssen unternommen werden, um ihre Vernetzung zu befördern. Die Strukturfonds sind im Bereich der kulturellen Projekte stärker zu nutzen.

Enorme Gefahren für die kulturelle Vielfalt in Europa gehen von dem in Vorbereitung befindlichen Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) bzw. der Festschreibung seiner Ziele in anderen Abkommen aus. Wir wenden uns gegen die Kommerzialisierung des kulturellen Sektors. Die Staaten dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für die Förderung von Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport entlassen oder sogar daran gehindert werden. Wir wenden uns gegen die Liberalisierung des Urheberrechts und fordern, die bestehenden multilateralen Übereinkommen über den Schutz des geistigen Eigentums als rechtlich verbindliche internationale Abkommen anzuerkennen. Wir fordern den Erhalt und Ausbau der kulturellen Filmförderung in Europa.

Im internationalen Maßstab zeichnen sich das deutsche Verlagswesen, die Kunst des Buchdrucks und das Vertriebsnetz durch ein hohes Niveau aus. Eine der Voraussetzungen dafür wie auch für den breiten Zugang zu qualitativ hochwertiger Literatur ist die zwischen Deutschland und Österreich bestehende grenzüberschreitende Buchpreisbindung. Sie soll erhalten bleiben. Die PDS regt an, analoge Regelungen EU-weit einzuführen.

Bildung und Schule müssen der Friedens- und Menschenrechtserziehung sowie der Erziehung zur gewaltfreien Konfliktlösung, der interkulturellen Vielfalt, der Demokratie, der Emanzipation von Kindern und Jugendlichen, dem Antirassismus und Antifaschismus, der Förderung von Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe sowie der Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet sein. Bildungsprogramme in Schule und Gesellschaft sind auf den Abbau tradierter Rollenbilder auszurichten. Die PDS ist für die Fortführung der EU-Bildungs- und Austauschprogramme (Leonardo da Vinci, Jugend für Europa, Sokrates, Tempus, Comett) und für die stärkere Orientierung auf Modellprogramme mit den oben genannten Zielsetzungen. Wir setzen uns für den kostenlosen Zugang zu Bildung und Wissenschaft und die dementsprechende materielle Absicherung aller SchülerInnen und Studierenden im Rahmen einer sozialen Grundsicherung und eine ausreichende Personalausstattung von Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen ein.

Die Demokratisierung der Bildungs- und Schulsysteme in den EU-Mitgliedsländern erfordert die gesetzliche Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, für Kinder und Jugendliche. In diesem Kontext wird die PDS all diejenigen Kräfte unterstützen, die sich für humanistische Bildungsvorstellungen einsetzen. Diese müssen sich daran messen lassen, wie weit sie zur Verständigung, zum Bewußtsein von der Geschichtlichkeit der Lebensverhältnisse, zur Verantwortung für sich selbst und zu freier Vergesellschaftung, zur Glücksfähigkeit, zur Offenheit für philosophische Fragen und zur Abwehr von Unmenschlichkeit beitragen. Die Bildungssysteme sollen geistige Selbständigkeit, Kritikfähigkeit und die allseitige Entwicklung der Individuen fördern. Die Möglichkeit, sich selbständig sowie in Gemeinschaft mit anderen zu bilden und dabei Unterstützung zu finden, muß vor der bloßen Vermittlung von Inhalten rangieren. Nur so können Urteilsfähigkeit, zusammenhängendes Wissen und Informations- und Kommunikationsfähigkeit entstehen. Dringend notwendig sind schulische Programme zum Erlernen des Umgangs mit der Informationsflut in der heutigen Mediengesellschaft. Insbesondere Kindern und Jugendlichen, nicht in Arbeitsverhältnissen stehenden Menschen sowie Angehörigen der älteren Generation ist der Umgang mit den modernen Informations- und Kommunikationsmitteln zu erleichtern. Dies bleibt eine öffentliche Aufgabe, die nicht zugunsten profitorientierter privater Anbieter aufgegeben werden darf. Geboten ist es hier auch, die Selektivität des Schulsystems zu vermeiden und - soweit möglich - auszugleichen sowie technisches und soziales Lernen zu verbinden. Dazu empfiehlt es sich, auch soziale und politische Initiativen, die außerschulische Jugendarbeit, gewerkschaftliche, kirchliche und andere Gruppen in entsprechende Programme einzubeziehen.

Die UNESCO-Konvention über die politischen, sozialen und kulturellen Rechte der Pädagoginnen und Pädagogen ist in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern umzusetzen. Das schließt die EU-weite Anerkennung der Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüsse sowie pädagogischen Examina ein. Die PDS wird sich im Europäischen Parlament und im Europarat besonders dafür einsetzen, daß die Abschlüsse von Lehrerinnen und Lehrern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der DDR anerkannt werden.

Wissenschaft hat eine wichtige emanzipatorische Funktion und Verantwortung, die weit über den Bezugsrahmen der europäischen Nationalstaaten hinausragt. Sie muß

Grundpfeiler des sozial-ökologischen Umbaus und der Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union sein. Insofern hat *Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik* große Bedeutung für einen auf nachhaltige Entwicklung orientierten Wandel in der EU-Wirtschafts- und Industriepolitik, die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

EU-Wissenschaftspolitik ist bislang thematisch und finanziell zu einseitig auf kurzfristige Forschungs- und Technologiebedürfnisse der Großkonzerne und auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft ausgerichtet. Ergebnis sind undemokratische und bürokratische Strukturen, mangelnde Transparenz und fehlende Chancengleichheit. Eine derartige Verengung von Wissenschaft auf die Konkurrenz der Standorte lehnt die PDS ab, denn die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung für Bildung und Wissenschaft ist unter diesen Prämissen nicht zu realisieren.

Die PDS setzt sich dafür ein, mit dem 5. Forschungs-Rahmenprogramm der Europäischen Kommission die interdisziplinäre Bearbeitung von Fragen des sozialen und ökologischen Umbaus der Industriegesellschaften gezielter voranzubringen. Im Spannungsverhältnis zwischen regionaler, nationaler und EU-Wissenschafts- und Forschungspolitik befürwortet die PDS eine möglichst effiziente Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Ebenen und Einrichtungen. Das bedeutet einerseits verstärkte Kooperation zwischen den unterschiedlichen nationalen Systemen der Hochschulausbildung und Nachwuchsförderung auf gleichberechtigter Grundlage und andererseits, zunehmend regionale Innovationspotentiale zu mobilisieren. Dabei sind Wissenschaft und Forschung mit den Erfordernissen kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie mit strukturpolitischen Entwicklungsfragen zu verknüpfen.

Die PDS sieht es als notwendig an, die Kooperation mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen mittel- und osteuropäischer Staaten weiter auszubauen. Das Tempus-Programm der Europäischen Union, das die Modernisierung und Umstrukturierung der Hochschulsysteme in diesen Ländern unterstützt, ist künftig stärker auf die gesamteuropäische Vernetzung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen auszurichten. Diese gesamteuropäische Wissenschafts- und Forschungsk Kooperation sollte gezielt für grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte genutzt werden und vor allem im Hochschulbereich den interdisziplinären Austausch und länderübergreifende studentische Ausbildungsprogramme fördern.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stehen nach Auffassung der PDS in der Verantwortung, auf die Festlegung gemeinsamer Normen und Standards, z.B. auf neueste weltweite Entwicklungen bei Multi-Media und Telekommunikation, Einfluß zu nehmen. Unverzichtbar ist für uns die eindeutige Definition ethischer Grenzen der Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Dies gilt insbesondere für jene Forschungsbereiche, die in Grenzbereiche menschlichen Daseins vorstoßen oder nicht vorhersehbare Risiken eingehen. So lehnt die PDS Forschung zu militärischen Zwecken ab.

Medien jeglicher Art - Bücher und Zeitschriften, Radio und Fernsehen, Film, Musik und Malerei bis hin zu den neuesten digitalen Medien - prägen die gesellschaftliche Kommunikation und haben einen wesentlichen Anteil an der Meinungs- und

Wissensbildung. Sie sind sowohl Kommunikationsmittel als auch Akteure. Die PDS teilt weder die Euphorie, mit den modernen Massenmedien seien Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt à priori hergestellt, noch verbreitet sie den Pessimismus von einer Vereinnahmung des Menschen durch die "virtuelle Unterhaltungswelt".

Das durch Massenmedien vermittelte Wissen über die Welt und die damit verbundenen Weltbilder schieben sich wie ein WahrnehmungsfILTER vor die unmittelbaren sozialen Erfahrungen der Menschen. Mittel zur menschlichen Kommunikation tragen so auch zur sozialen Isolation von immer mehr Menschen bei. Die emanzipativen Möglichkeiten der neuen Techniken erschließen sich erst durch aktive Kommunikation mit den Medien. Mit neuen Medien sind weltweit aber auch neue Möglichkeiten entstanden, sich gemeinsam zu wehren und nicht ausschließlich als Quotenbringer benutzt zu werden.

Die PDS fordert die EU-weite politische und rechtliche Gestaltung dieser Prozesse, da sie grundsätzliche Fragen der Demokratie berühren. Regel- und Rahmenwerke sollten hier deshalb kulturelle Breite erhalten und ausbauen, friedens- und demokratiefeindliche Demagogie abwehren und den Umgang mit den Medien menschlich gestalten helfen. Europäische Normen müssen bei Beachtung regional gewachsener kultureller Wurzeln der Deregulierung zugunsten privater Medienmonopole entgegenwirken und die Freiheit kreativer Kulturschaffender stärken. Sie sind auf eine möglichst große Vielfalt der Angebote in Information, Unterhaltung, Sport und Kommunikation auszurichten. Solidarische Internationalität als Gebot für eine zivilisierte Menschheit und ihre Medien darf die real existierenden Heimatbezüge und die Sprache der Menschen nicht außer acht lassen.

Die PDS fordert, die Grundversorgung der Bevölkerung in der Europäischen Union durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten im Rahmen der nationalen Mediensysteme zu erhalten, zu erweitern und im EU-Vertrag grundrechtlich zu verankern. Im dualen System, das mit offenen und vielfach vernetzten Bürgerkanälen eine wichtige Ergänzung gefunden hat, ist dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wieder Vorrang einzuräumen. Er muß existenzfähig bleiben, ohne das flache Niveau und die Werbeflut der Privaten kopieren zu müssen. Den Monopolanbietern im Bereich der Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie der gesamten Medienstruktur ist eine EU-Medienstiftung gegenüberzustellen und zu fördern, die sich aus einer mindestens einprozentigen Werbeabgabe finanziert sowie den kostenfreien Zugang zu den Informationspools der Medienkonzerne für alle ermöglicht.

Die PDS wendet sich gegen Tendenzen der Reduzierung der Informations- und Medienlandschaft auf wirtschaftliche Kenngrößen und fordert deren Erhalt als Kulturgut. Sie fordert Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf lange Sicht abzuschaffen; die kommerziellen Anbieter zu einem Werbeanteil von höchstens 17,5 % der Tagessendezeit zu verpflichten; mehrfache Unterbrechungswerbung in Spielfilmen abzuschaffen; die Sitzungen der Medienunternehmen kontrollierenden Aufsichtsgremien öffentlich abzuhalten; alle Tagesordnungen, Sitzungsvorlagen und Protokolle dieser Sitzungen im Internet zu veröffentlichen. Da für die PDS Europa nicht an Oder und Neiße endet, setzt sie sich für ein nach Osten integrierendes und dort gemeinsam zu produzierendes europäisches Kulturprogramm á la ARTE ein. Ein erster Schritt dazu wäre eine gemeinsame Initiative von NDR, ORB, MDR, ZDF sowie polnischen Rundfunkanbietern.

Multimedia und die neuen Medien können die Kommunikation wesentlich vereinfachen und die Demokratie vor Ort wesentlich beleben. In einer Gesellschaft, die in Menschen mit und ohne Zugang zu den neuen Medien geteilt ist, werden die Chancen dieser Medien vergeben und die damit verbundenen Risiken verstärkt. Die PDS verlangt daher den freien Zugang zum Internet, freie Terminals in Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken und Rathäusern. Sie tritt für das Recht ein, Informationen zu verschlüsseln und sie damit, analog dem Briefgeheimnis, unerwünschtem Zugriff Dritter zu entziehen. Dabei sehen wir in dem Modell des "key-recovery", bei dem es kommerziellen oder staatlichen Stellen ermöglicht wird, Verschlüsselungen in kurzer Zeit zu brechen, keine "wirksame" Verschlüsselung. Die PDS lehnt darüber hinaus die Bestrebungen zur allumfassenden Überwachung der Telekommunikation, wie sie in den ENFOPOL 98 EU-Ratsvorlagen zum Ausdruck kommen, ab.

Im Kontext der EU-Entwicklung ist der Sport bisher weitgehend vernachlässigt worden. Die bisher geltenden Grundsätze des am Gemeinwohl orientierten Vereinssports geraten angesichts der Übermacht des professionellen Sports in Gefahr, europäischem Wirtschaftsrecht zugeordnet zu werden. Damit wäre der Sport endgültig den Regularien wirtschaftlicher Unternehmen unterworfen, Sportvereine degenerierten zu Marktobjekten und unterlägen allen Restriktionen des gewinnbringenden Wettbewerbs. Auf der Strecke blieben so wichtige Bereiche wie die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Gesundheitssport, Seniorensport und die sportliche Betätigung von Menschen mit Behinderungen.

Sport als Kulturgut darf nicht den Zwängen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs unterworfen werden. Breitensport und der gemeinnützige Vereinssport sind als förderungswürdige, soziale Aufgaben zu definieren. Die PDS setzt sich in diesem Sinne dafür ein, das Recht auf Sport und die Belange des Sports in einem entsprechenden Artikel des EU-Vertrages zu verankern. Dies muß die Ausreichung von EU-Mitteln für den Haushaltstitel Sport einschließen.

5. Die EU-Erweiterung zukunftsfähig und sozial gestalten

Europa zukunftsfähig zu gestalten, erfordert, den ganzen Kontinent zu einer friedlichen, demokratischen und entmilitarisierten Region zu entwickeln, in der die Menschenrechte gewahrt sind, soziale Gerechtigkeit herrscht und reale Schritte zu einer Produktions- und Lebensweise getan werden, die auf nachhaltige Entwicklung orientiert. Die PDS setzt sich für rasche Fortschritte in der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller europäischer Staaten und für den Aufbau eines Systems gesamteuropäischer Strukturen ein. Europa braucht einen gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sozialraum. Kein europäischer Staat darf davon ausgeschlossen werden. Die Erweiterung der Europäischen Union ist als Schritt in diese Richtung zu gestalten.

Die PDS unterstützt die Bestrebungen der mittel- und osteuropäischen Staaten, Mitglied der Europäischen Union zu werden und setzt sich für die zügige Fortsetzung der laufenden Verhandlungen ein. Die Völker der mittel- und osteuropäischen Länder sehen im europäischen Integrationsprozeß die Chance, Anschluß an das in vielen Ländern Westeuropas erreichte ökonomische, ökologische und soziale Niveau zu finden. Wir wollen, daß im Vorfeld ihres EU-Beitritts die notwendigen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Länder dem

Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Europäischen Gemeinschaft standhalten können.

Die EU-Erweiterung wird nur dann zu Entwicklung, Stabilität und Frieden in Europa beitragen, wenn die eigenen grundlegenden Probleme der Europäischen Union gelöst und nicht auf die Beitrittsländer übertragen werden. Dazu ist mehr als eine Reform der Institutionen und Fonds der Europäischen Union erforderlich. Besonderes politisches Augenmerk bedarf beispielsweise, die erheblichen Wissens- und Wahrnehmungsdefizite abzubauen, die sich begünstigt durch Kalten Krieg und Blockbildung in West- und in Osteuropa über den jeweils anderen Teil des Kontinents - über seine Geschichte und Traditionen oder über das Alltagsleben - eingestellt und verfestigt haben.

Der Beitritt zur Europäischen Union wird das Leben der Bürgerinnen und Bürger in den mittel- und osteuropäischen Staaten nachhaltig beeinflussen. Daher ist eine regelmäßige öffentliche Information über den Stand der Verhandlungen sowie ein Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Kräften, insbesondere den Gewerkschaften, unerlässlich. Die Bürgerinnen und Bürger der Beitrittsländer müssen in Kenntnis der ausgehandelten konkreten Bedingungen durch Referenden über den Beitritt zur Europäischen Union entscheiden können.

Die mittel- und osteuropäischen Länder können die komplizierten Transformationsprozesse allein nicht bewältigen. Sie brauchen die langfristige solidarische Hilfe der Europäischen Union. Wir halten eine kritische Überprüfung des dafür vorgesehenen Finanzrahmens, an der die Beitrittsstaaten gleichberechtigt teilnehmen müssen, für erforderlich und begrüßen, daß die Beitrittsländer in die Gemeinschaftsprogramme einbezogen werden.

Die sogenannte Heranführungsstrategie, wie sie von der EU-Kommission in der Agenda 2000 konzipiert wurde, soll sicherstellen, daß die Beitrittsländer das westeuropäische Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell übernehmen. Statt die Erweiterung als Chance zu begreifen, im Rahmen eines langfristigen Aufbauprogramms eine gesamteuropäische Arbeitsteilung zu gestalten, werden die Beitrittsländer praktisch zu Absatzmärkten für westeuropäische Produkte degradiert. Die sozialen Folgen finden kaum Berücksichtigung. Diese Praxis lehnen wir ab. Die Heranführungsstrategie muß stärker darauf orientiert werden, Lösungen für die Struktur- und Arbeitsmarktprobleme der Beitrittsländer anzubieten. Wir halten es für unerlässlich, die Transformationsprozesse sozialverträglich und unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen sowie der Besonderheiten der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu gestalten. Notwendig ist ein langfristig konzipiertes Aufbauprogramm für die mittel- und osteuropäischen Staaten. Dieses müßte zum Ziel haben, die Rekonstruktion ihrer Wirtschaften zu unterstützen und mit den anstehenden Strukturwandlungsprozessen in den heutigen EU-Staaten zu verknüpfen. Gefördert werden sollten regionale Wirtschaftskreisläufe und der Wiederaufbau des regionalen Handels. Dabei sind frühere Kooperationsbeziehungen zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu nutzen. Die gegenwärtige Praxis, Investitionszuschüsse an den Abbau von Produktionskapazitäten zu binden, halten wir für inakzeptabel. Notwendig ist ein Programm zur Stärkung der Absatzfähigkeit der Unternehmen, das die umfassende Öffnung des EU-Binnenmarktes für Erzeugnisse aus den mittel- und osteuropäischen Ländern einschließt. Gleichzeitig

muß den Beitrittsländern für eine Übergangsfrist der Schutz ihrer Märkte ermöglicht werden.

Die PDS unterstützt die Bestrebungen der Beitrittsländer, spezifische Regelungen zum Eigentum an Grund und Boden zu vereinbaren, die die Vorrechte der Bürgerinnen und Bürger dieser Länder sichern. Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Forderungen nach Rückgabe von 1945 konfisziertem Eigentum in Polen, Tschechien und Ungarn. Die immer lauter werdenden revanchistischen Forderungen und Planspiele, Boden, Immobilien und Unternehmen notfalls aufzukaufen, gefährden die friedliche und demokratische Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten, damit Stabilität und Frieden in Mitteleuropa. Die Erweiterung der Europäischen Union darf nicht dazu mißbraucht werden, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren.

Eines der kompliziertesten Probleme des Erweiterungsprozesses ist die Umstrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Mit traditionellen Instrumenten wie längeren Übergangsfristen allein sind sozialverträgliche Lösungen nicht zu erreichen. Die PDS ist der Auffassung, daß in dem anstehenden Übergangsprozeß gemeinsam mit den Betroffenen in diesen Ländern eine effiziente, ökologisch orientierte, standortgerechte Agrarproduktion gefördert werden muß. Die PDS setzt sich dafür ein, daß den vorhandenen Agrargenossenschaften im Rahmen der notwendigen Reformen Entwicklungschancen eingeräumt werden.

EU-Erweiterung und NATO-Osterweiterung werden von der herrschenden Politik als parallele und miteinander verbundene politische Prozesse betrachtet. Die PDS lehnt die NATO-Osterweiterung uneingeschränkt ab. Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung wären eine sinnvolle Alternative, die diesen Staaten auch die Verschwendung von Mitteln für Umrüstung ersparen würde, die für die ökonomische und soziale Entwicklung dringend benötigt werden.

Die PDS unterstützt den Antrag Zyperns, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Sie lehnt Bestrebungen ab, die Lösung der Zypernfrage zur Vorbedingung für einen EU-Beitritt des Landes zu machen. Die PDS setzt sich dafür ein, daß die Europäische Union parallel zu den Beitrittsverhandlungen ihre Potenzen stärker nutzt, um zu einer friedlichen Lösung der Zypernfrage beizutragen. Die Lösung des Zypernproblems ist eine Schlüsselfrage für die Sicherheit im Mittelmeerraum und die Zusammenarbeit mit Europa. Es gilt, auf der Grundlage der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität der Republik Zypern zu gewährleisten, die Entmilitarisierung der Insel voranzubringen und eine Föderation aus beiden Landesteilen zu bilden.

Die PDS vertritt einen gesamteuropäischen Integrationsansatz und befürwortet damit grundsätzlich auch die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union. Wir knüpfen unsere Zustimmung jedoch daran, daß die Türkei zuvor folgende Bedingungen erfüllt:

- Beendigung der völkerrechtswidrigen Besetzung Zyperns und politische Lösung der Zypernfrage;
- friedliche Lösung bestehender territorialer Streitfragen mit Nachbarstaaten;

- Achtung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes der Kurdinnen und Kurden, Einstellung des Vernichtungskrieges und politische Lösung der Kurdenfrage. Die PDS unterstützt den Aufruf des Europäischen Parlaments vom 3. Dezember 1998 zur Abhaltung einer internationalen Konferenz über die Kurdenfrage, um eine politische und friedliche Lösung zu finden.
- Herstellung demokratischer innenpolitischer Verhältnisse sowie die Betätigungsfreiheit für Parteien, Gewerkschaften und demokratische Organisationen.

6. Für eine zivile und solidarische Weltgemeinschaft

Täglich erleben wir, wie Krieg und Gewalt im Denken und Handeln der Menschen in Europa und überall auf der Welt als unverzichtbares Mittel zur Lösung von Problemen und Konflikten angesehen und realisiert werden. Nirgendwo konnten auf diese Art und Weise jemals gerechte und dauerhafte Lösungen erzielt werden. Ein radikales Umdenken ist notwendig.

Ausgangspunkt von Friedens- und Sicherheitspolitik muß die Erkenntnis sein, daß Krisen und Konflikte primär durch soziale und ökonomische Ungerechtigkeit, Hunger, Elend, Unterentwicklung, imperiale Machtpolitik, Waffenexporte, massenhafte Mißachtung von Menschenrechten und damit zusammenhängende Fluchtbewegungen verursacht werden. Der Beseitigung von Konfliktursachen, der Gewährleistung von Menschen- und Minderheitenrechten, der Gleichberechtigung der Staaten, der Entmilitarisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen muß deshalb absoluter Vorrang eingeräumt werden.

Die PDS befürwortet grundsätzlich eine aktive Rolle der Europäischen Union in der internationalen Politik. Die Europäische Union verfügt über enorme wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Möglichkeiten zur Konfliktprävention und -beilegung, die besser ausgeschöpft werden müssen. Das entspricht auch ihrer Verantwortung als wichtigster politisch-ökonomischer Zusammenschluß europäischer Staaten. Eine gemeinsame Außenpolitik der Union, die auf Gleichberechtigung, Kooperation und Interessenausgleich setzt, kann einen wichtigen Beitrag zu weltweitem Frieden und nachhaltiger Entwicklung leisten. Die PDS setzt sich dafür ein, daß das außenpolitische Engagement der Europäischen Union darauf gerichtet wird, eine zivile europäische Friedensordnung zu schaffen, gleichberechtigte internationale Beziehungen zu fördern, den sozialen und ökonomischen Ausgleich durch nachhaltige Entwicklung einzuleiten, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung aufzubauen und die globalen Probleme des Umwelt- und Klimaschutzes lösen zu helfen.

6.1. Eine neue europäische Friedensordnung auf den Weg bringen

Die PDS lehnt die im Amsterdamer Vertrag fixierte militärisch geprägte Ausrichtung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab. Wir widersetzen uns dem Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) zum militärischen Arm der Europäischen Union sowie der Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur, deren Hauptzweck darin besteht, den westeuropäischen Waffenexporteuren im weltweiten Rüstungswettbewerb bessere Verwertungsbedingungen und höhere Profite zu verschaffen.

Europa braucht für seine weitere Entwicklung eine klare zivile Ausrichtung. Deshalb fordern wir von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, auf den Aufbau einer europäischen Armee zu verzichten, alle Interventionseinheiten abzuschaffen und die WEU ersatzlos aufzulösen anstatt sie in die Europäische Union zu integrieren.

Die PDS tritt dafür ein, den Prozeß der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in Europa wiederzubeleben. Dazu gehören Initiativen zur einseitigen Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen, gemeinsame Maßnahmen zur Konversion von Rüstungen und Streitkräften, regionale Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, Verzicht auf die Stationierung fremder Truppen und militärischer Einrichtungen auf dem Territorium anderer Staaten sowie weitere vertrauensbildende Maßnahmen. Wir fordern die Ratifizierung und Realisierung der amerikanisch-russischen nuklearen Abrüstungsvereinbarungen, die Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses unter Einbeziehung der europäischen Atomwaffenmächte Frankreich und Großbritannien sowie Chinas, die Aufgabe der nuklearen Abschreckungsdoktrin, den Verzicht auf den atomaren Erstschatz und die Absage an jegliche nukleare Komponente im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In den EU-Vertrag ist das Verbot von ABC-Waffen aufzunehmen.

Die PDS lehnt militärische Interventionen der NATO und der WEU in Krisengebieten in Europa oder anderen Regionen der Welt ab. Sie verurteilt entschieden die unter Bruch des Völkerrechts erfolgte Selbstmandatierung der NATO zur Anwendung militärischer Gewalt im Kosovo-Konflikt. Sie fordert die Bundesregierung auf, geltendes internationales Recht strikt einzuhalten und sich nicht an der Demontage der UNO zu beteiligen. Wir sind der Auffassung, daß dauerhafte Lösungen nur durch die konsequente Anwendung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und humanitärer Mittel und Methoden der Krisenprävention und Konfliktregulierung erreicht werden können. Die PDS wird darauf drängen, rechtzeitig Entwicklungsstrategien für potentielle und akute Krisengebiete und -regionen zu entwickeln sowie die Mittel und Ressourcen für ihre Umsetzung verfügbar zu machen. Wir setzen uns dafür ein, die Kompetenzen und Aufgaben des OSZE-Krisenverhütungszentrums auszubauen. Dringend notwendig sind Vereinbarungen über die drastische Einschränkung des Waffenhandels (auch von Kleinwaffen) und das Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete. Eine europäische Rechtsordnung muß geschaffen werden, in der die politischen und sozialen Menschenrechte durch gesetzliche Regelungen, soziale Maßnahmen und ein wirksames System der Rechtsprechung garantiert sind. Eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für Streitfälle und Konflikte im Zusammenhang mit Minderheitenrechten ist ein dringendes Erfordernis. Die PDS fordert von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, das Statut über die Gründung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs (ICC) zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Mit dieser im Rahmen der UNO und unter wesentlicher Einflußnahme von Nichtregierungsorganisationen ausgehandelten völkerrechtlichen Vereinbarung wurde erstmals in der Geschichte eine internationale Gerichtsbarkeit gegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen des Angriffskrieges geschaffen.

Die PDS hält an ihrem Ziel, die NATO aufzulösen, fest und fordert, daß die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auf die Schaffung einer nichtmilitärischen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung

gerichtet wird. Dazu sind ein gesamteuropäischer Ansatz und die Einbeziehung aller OSZE-Staaten erforderlich. Rußland darf nicht isoliert oder ausgegrenzt, sondern muß gleichberechtigt einbezogen werden. Die OSZE ist aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihrer Arbeitsgrundsätze am besten für ein solches wirksames europäisches Sicherheitssystem geeignet. Sie kann sich zum Initiator und Koordinator eines Netzwerkes europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit von gesamteuropäischen, subregionalen und regionalen Einrichtungen und Institutionen, von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen entwickeln.

6.2. Die Lösung globaler Probleme in den Mittelpunkt der Außenbeziehungen der Europäischen Union stellen

Am Ende des 20. Jahrhunderts haben sich die globalen Probleme weiter verschärft. Armut und Hunger, Verknappung der Wasserressourcen und anderer Rohstoffe, Klimaveränderungen und Umweltkatastrophen bedrohen Leben und Entwicklung. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben eine hohe Verantwortung dafür, einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme zu leisten.

Auch in Zukunft ist die UNO für die Lösung der globalen Probleme unverzichtbar. Die PDS setzt sich dafür ein, die Rolle der UNO und ihrer Spezialorganisationen zu stärken. Das UNO-System muß entsprechend der Charta zum Zentrum gemeinsamer internationaler Aktivitäten zur Sicherung von Frieden und Entwicklung, zur Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zur Zusammenarbeit der Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, zur Beseitigung von Hunger, Armut und Unterentwicklung und zum Erhalt der natürlichen Umwelt ausgebaut werden. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich entschieden gegen die von den USA betriebene Demontage der UNO und ihres Sicherheitsrates wenden. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung im Rahmen der Globalisierungsprozesse erfordert eine Neugestaltung der internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Die weit vorangeschrittene wirtschaftliche und vor allem finanzpolitische Globalisierung neoliberaler Prägung führt in die falsche Richtung.

Die PDS verfolgt mit Besorgnis die Versuche, diese bereits dominierende Tendenz von Vereinbarungen wie das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), die in der Welthandelsorganisation (WTO) bzw. der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgehandelt werden, zu zementieren. Die PDS wird sich auch in Zukunft in der internationalen Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsabkommen aktiv engagieren. Wir fordern die rot-grüne Bundesregierung auf, dem Beispiel der französischen Regierung zu folgen und den Verhandlungstisch zu verlassen.

Die PDS setzt sich für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ein, die Gleichberechtigung und zukunftsfähige Entwicklung zum Ziel hat. Dabei kommt es darauf an, die neuen Chancen und Möglichkeiten der Internationalisierung und der Produktivkraftrevolution für die Menschen zu nutzen, Gefahren aus der technischen Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzutreten sowie negative Tendenzen, die von den deregulierten, entfesselten Finanzmärkten ausgehen, zurückzudrängen.

Die Krisenerscheinungen im internationalen Finanzsystem beweisen eindringlich, daß eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte sowie die Reorganisation internationaler Finanzinstitutionen dringend erforderlich sind. Dabei geht es vor allem darum, die nahezu schrankenlose Macht der Akteure auf den internationalen Finanzmärkten zu begrenzen und die internationalen Finanzinstitutionen öffentlich zu kontrollieren. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten können auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle spielen. Spekulative Kapitalflüsse müssen u.a. durch die Einführung der Tobin-Steuer (Besteuerung internationaler Währungstransaktionen) eingeschränkt und kontrolliert werden. Die PDS hat einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht, wonach die G7-Staaten, weitere EU-Mitglieder, Singapur, die Schweiz, China und Australien auf einer Regierungskonferenz vereinbaren sollten, alle Transaktionen, die einen sofortigen Devisenaustausch zur Folge haben, mit einem Satz von 0,25% zu besteuern. Gleiches wäre für Devisentermin- und -optionsgeschäfte sowie Währungsswaps (Tausch von Verbindlichkeiten in unterschiedlichen Währungen) zu vereinbaren. Wir wollen, daß die Einnahmen hieraus vorwiegend zur Finanzierung von Projekten zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern genutzt werden.

Trotz jahrzehntelanger Entwicklungshilfe hat sich die Kluft zwischen den entwickelten Industriestaaten und den Ländern des Südens, vor allem im subsaharischen Afrika, und neuerdings auch Osteuropas drastisch vertieft. Dazu haben die Entwicklungsstrategien der kapitalistischen Metropolen, der Weltbank, der Welthandelsorganisation und des Internationalen Währungsfonds (IWF) wesentlich beigetragen. Notwendig ist eine konsequente Umorientierung bisheriger Entwicklungspolitik, die nicht länger vom Grundsatz einer "mechanischen" Übertragung des westlichen Zivilisationsmodells ausgehen darf. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen neue Politikansätze entwickeln, die den armen und ärmsten Ländern dieser Welt helfen, nach eigenen Prioritäten ihre sozial und ökologisch orientierte Entwicklung voranzubringen. Seitens der Europäischen Union kommt es darauf an, in allen Politikbereichen eine Entwicklungsverträglichkeitsprüfung einzuführen. Die eigene innereuropäische Entwicklung ist mit dem Menschenrecht auf vergleichbare Lebenschancen in anderen Regionen und mit globalen Umwelterfordernissen in Einklang zu bringen.

Mit dem Lomé-Abkommen wurden die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf grundlegende Ziele verpflichtet, so die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, ihre nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, ihre harmonische, schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft, ihre Unterstützung bei der Bewahrung der Umwelt und bei der Förderung der Menschenrechte sowie die politische Zusammenarbeit mit ihnen. Diese positiven Ansätze müssen bei der Neuverhandlung des Abkommens erhalten werden. Zugleich ist zu sichern, daß Entwicklungspolitik in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern als eigenständiger Bestandteil einer zivilen EU-Außenpolitik künftig einen deutlich höheren politischen Stellenwert erhält und als Querschnittspolitik verstanden und umgesetzt wird. Der Einsatz der Mittel auf diesem Gebiet darf nicht länger außerhalb parlamentarischer Einflußnahme und Kontrolle stehen. Der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) muß daher in den EU-Haushalt aufgenommen werden. Angesichts der bewaffneten Konflikte in Entwicklungsländern, besonders in Ländern des subsaharischen Afrika, sind die Möglichkeiten des zivilen Konfliktmanagements der EU auszubauen. Die PDS setzt sich dafür ein, das Lomé-Abkommen für andere

Staaten zu öffnen. Die PDS fordert von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, die bestehenden Kontakte zu Kuba auszubauen und es in das Lomé-Abkommen einzubinden, sich für die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba einzusetzen und das Helms-Burton-Gesetz konsequent zurückzuweisen.

Weltweit werden jährlich 60 Milliarden US-Dollar öffentliche Entwicklungshilfe bereitgestellt. Die Entwicklungsländer müssen andererseits im selben Zeitraum 195 Milliarden Dollar für Kreditrückzahlung und Zinsen aufbringen. Etwa 30 % entfallen auf Mitgliedsländer der Europäischen Union. Zukunftsfähige Entwicklungspolitik setzt nach Auffassung der PDS die umfassende Entschuldung der ärmsten Länder voraus. Wir erwarten von der Bundesrepublik ebenso wie von allen anderen EU-Staaten, daß sie auf Schuldentilgungen dieser Länder verzichten und zugleich gegenüber dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank für einen Schuldenerlaß eintreten. Die PDS unterstützt die Nichtregierungsorganisationen, die sich für dieses Ziel engagieren. Darüber hinaus fordern wir, endlich die Entwicklungshilfe auf die zugesagten 0,7% des Bruttosozialprodukts zu erhöhen. Wir wenden uns dagegen, Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerberinnen- und -bewerbern oder ähnliche diskriminierende Bedingungen zu koppeln.

Ausdruck verfehlter bisheriger Entwicklungspolitik sind riesige Rüstungsexporte der Industrieländer. Diese Praxis muß sofort beendet werden. Die PDS lehnt den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte ab. Einzig das Verbot auf Rüstungsexporte wäre ein wirksamer Beitrag zu Frieden und Entwicklung.

Unverzichtbar ist die Verbindung von Entwicklungs- und Umweltpolitik. Es ist höchste Zeit, daß die Europäische Union auf die Realisierung der Beschlüsse der Umwelt- und Entwicklungskonferenz von Rio de Janeiro 1992 in ihren Mitgliedsländern drängt. Eine Klimakatastrophe muß durch radikale, weit über die Verhandlungsergebnisse von Kyoto hinausgehende Senkung des Ausstoßes von CO₂ und anderer Schadstoffe verhindert werden. Mit den sogenannten Flexiblen Instrumenten (Emissionshandel) sind verbindliche Zeitpläne mit festgelegten Reduktionszielen und einer prozentualen Obergrenze (höchstens 30 %) festgesetzt. Zahlreiche NGO und Initiativen kämpfen inzwischen gegen diesen Emissionshandel selbst. Die PDS teilt ihre Besorgnis, daß dieses Instrument nur dazu geschaffen wurde, Emissionen nicht effektiv und schnell zu reduzieren.

Es ist im ureigensten Interesse der EU-Mitgliedstaaten, einen aktiven Beitrag zur Wiederherstellung und zur Sicherung des Friedens sowie zur gesellschaftlichen Stabilisierung in den Ländern am südlichen und südöstlichen Rand des Mittelmeeres zu leisten und den Gedanken der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu stärken. Die bisherige EU-Mittelmeerpolitik bietet keine Gewähr, daß das deklarierte Ziel, die Mittelmeerregion zu einer Zone des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands zu entwickeln, realisiert werden kann. Statt einer Freihandelszone wäre ein strategisches Entwicklungsprogramm für die Region südlich des Mittelmeeres zweckmäßig, das gemeinsam mit diesen Ländern, eingeschlossen wichtige Vertreter der Zivilgesellschaft, erarbeitet werden sollte, um Armut und soziale Rückständigkeit zu überwinden. Dringend erforderlich ist eine Entmilitarisierung des Mittelmeeres und die Etablierung eines KSZE-ähnlichen Prozesses in dieser Region.

7. Die öffentliche Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union im 21. Jahrhundert führen

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die Europäische Union mehr denn je vor der Frage, wie und wohin sich die "immer enger werdende Union der Völker Europas", wie es im EU-Vertrag heißt, künftig entwickeln soll. Insbesondere die mit der Einführung des EURO beginnende Europäische Währungsunion und die Erweiterung der Europäischen Union werden tiefgreifende politische und wirtschaftliche Auswirkungen haben. Sie werden unseren Kontinent grundlegend verändern.

Die PDS, die sich der Vision eines geeinten Europas verpflichtet fühlt und einer Renationalisierung der Politik sowie konservativen Kerneuropa-Ideen eine klare Absage erteilt, meint, daß es jetzt höchste Zeit ist, eine breite öffentliche Debatte in allen europäischen Ländern, den jetzigen und künftigen EU-Mitgliedstaaten, über die künftige Gestalt der Europäischen Union in Gang zu setzen.

Die heutige Europäische Union ist im Laufe der Jahrzehnte über verschiedene historische Etappen hinweg aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) heraus entstanden. Sie besitzt keine Staatenqualität und ist in ihrer heutigen Verfaßtheit weder ein Bundesstaat noch ein konföderaler Staatenbund. Sie ist, wie das Bundesverfassungsgericht feststellte, ein Staatenverbund. Die Europäische Union ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr nebeneinander durch Übertragung nationalstaatlicher Souveränität vergemeinschaftete Strukturen bestehen und zugleich zwischenstaatliche Zusammenarbeit und nationalstaatliche Zuständigkeit existieren. Dies ist ein Novum in der Geschichte der Staaten.

Die PDS geht davon aus, daß die künftige Struktur der Europäischen Union entwicklungs offen ist. Unabhängig davon, wie sie sich einmal konkret gestalten wird, sieht es die PDS jedoch als unverzichtbar an, einen verfassungsähnlichen Prozeß einzuleiten, in dessen Ergebnis ein geeintes Europa durch den Willen seiner Völker konstituiert wird. Nur so, mit der demokratischen Legitimation durch die in Europa lebenden Menschen, und nicht durch Regierungsbeschlüsse "von oben" oder durch ein gemeinsames Zahlungsmittel, kann ein geeintes Europa entstehen. Deshalb setzt sich die PDS für eine öffentliche Verfassungsdiskussion ein, in der die politischen, sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Ziele und Aufgaben der Europäischen Union ebenso zu bestimmen sind wie die gemeinsamen demokratischen Grundwerte seiner Mitglieder, die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger oder eine klare Abgrenzung der Kompetenzen von Union, Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen. Die PDS wird sich selbst aktiv und streitbar in einen solchen Diskussionsprozeß einbringen, wobei sie sich bewußt ist, daß sie nicht für alle Zukunftsprobleme Europas fertige Antworten hat. Sie wird aber den notwendigen Diskurs darüber auch in der eigenen Partei weiterführen.

Mit uns: Für ein soziales, solidarisches, ziviles Europa!